

VOLKSWAHRHEIT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Erscheint täglich außer Montag.

Dieses ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Breslau, Donnerstag, 18. Februar 1892.

3. Jahrgang.

Die Mangelhaftigkeit des Kulturreformplanes.

Br. G. Es sind nicht weniger, als drei fromme Wünsche und schöne Gedanken, die sich auf dem Papiere der preussischen Verfassung gar stattlich ausnehmen und gegenwärtig aufs Neue im praktischen Leben der Gesetzgebung des preussischen Staates eine Rolle spielen — und was für eine!

Artikel 26 der Verfassung lautet bekanntlich: Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen. Artikel 20 besagt: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Artikel 4 behauptet sogar lächelnd: Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird gewährleistet.

Das sind gewiß schöne Zusicherungen für den preussischen Staatsbürger, — leider nur zu schön für unsere kapitalistische Gesellschaft, für unseren Klassenstaat. Klarer kann uns diese betäubende Wahrheit gar nicht gemacht werden, als es der Volksschulgesetzentwurf tut. Der neue preussische Unterrichtsminister, Herr von Zedlitz, hat sein christlich-konservatives Meistersstück geleistet. Schon § 1 seines Gesetzes beweist das mehr als genug: „Aufgabe der Volksschule ist die religiöse, die sittliche und vaterländische Bildung der Jugend durch Erziehung und Unterricht, sowie die Unterweisung derselben in den für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten.“ Die Religion steht obenan, die vaterländische Bildung macht den Schluß, ein wenig Sittlichkeit, eingeeengt oder gestützt von der religiösen Bildung auf der einen und der vaterländischen Bildung auf der anderen Seite, hinkt in der Mitte. In Bezug auf das revolutionäre Ding, die menschliche Vernunft und den obstinaten Kleinbürgerlichen Oppositionellen, den hausbackenen

Verstand, ist das taktvollste Stillschweigen bewahrt. Wozu auch etwas im Zusammenhange mit der Volksschule erwähnen, was damit so wenig zu tun hat! § 5 des Entwurfs zählt die Unterrichtsgegenstände für jede Volksschule auf. Der erste ist, — wer erriete es nicht? — Religion, hinterdrein kommt die deutsche Sprache, die man, es geht beim besten Willen nicht anders, in der Volksschule sprechen, lesen und schreiben lernen soll, das heißt natürlich nicht anders als bisher, nämlich — von ganz besonders talentvollen Ausnahmenschülern abgesehen, mangelhaft sprechen, leidlich lesen und am mangelhaftesten schreiben. Dann folgt: Rechnen nebst den Anfängen der Raumlehre, — daß die Abiturienten der Volksschule begreifen lernen, daß es sehr interessante ein- und zweidimensionale Dinge giebt, z. B. den Punkt, die gerade Linie u. s. w. Dinge, welche gewiß vorhanden sind, — ist sehr richtig, damit ihnen klar wird, daß dem schönen Gedanken in der preussischen Verfassung zum Leben in der Wirklichkeit nichts weiter fehlt, als die lumpige dritte Dimension. Dann aber kommt die zweite Hauptsache unter den Unterrichtsgegenständen der Volksschule: die vaterländische Geschichte, — an's Vaterland, an's teure schließ dich an, das halte fest mit Deinem ganzen Herzen. Der alte Lateiner sagt: dulces et decorum est pro patria mori, d. h. etwas frei zu deutsch: es ist ein wahres Vergnügen und eine unbändige Ehre, für das Vaterland zum Krüppel geschossen zu werden oder im Vaterlande zu verhungern. Hat man das mit Hilfe des vaterländischen Geschichtsunterrichtes zu seiner felsenfesten Ueberzeugung gemacht, so kann ein bißchen Erb- und Naturkunde gar nichts schaden und Zeichen, Singen, Turnen, sowie weibliche Handarbeiten stellen die praktischen Zugaben des Volksschulunterrichtes dar, gegen die kein Mensch etwas einzuwenden haben wird.

Daß den Volksschullehrern auch künftighin in ihren Schulen nicht allzu wol werde, dafür sorgt bereits der Gesetzesentwurf im ersten Anlauf. § 4 bestimmt: Einklassige Volksschulen sollen im Allgemeinen nicht über 80 Kinder zählen, bei mehreklassigen Volksschulen ist in der Regel auf je 70 Kinder eine vollbeschäftigte Lehrkraft anzustellen. Die Gefahr, daß unsere Volksschullehrer übermüht werden, kann damit als beseitigt betrachtet werden. 70 bis 80 junge Menschenpflanzen sind gerade genug, um jeder Lehrkraft, auch der vollkräftigsten, das Leben sauer zu machen und den Lehrer zu zwingen, wenn er gewissenhaft ist, sich aufs Höchste anzustrengen, ohne doch je etwas übermäßig Erfreuliches leisten zu können.

Für die Kinder des Volkes wird in gleicher Weise gesorgt. Darüber belehrt uns § 8: Die Schüler der Unterstufe sollen wöchentlich 18—22, die der Mittelstufe 26—30, die der Oberstufe 28—32 Lehrstunden erhalten. Dieser Paragraph ist wie die meisten anderen so recht nach den Herzen der Ultramontanen. „Glücklicherweise“ sorgt das neue Volksschulgesetz dafür, daß diejenigen Leute, welche so viel über Ueberbürdung ihrer Sprößlinge geklagt haben, keine Ursache haben werden, zu triumphieren.“ So oder ganz ähnlich lauteten die Auslassungen der ultramontanen Presse über diesen wichtigen Punkt.

Der erste und wichtigste Abschnitt des Gesetzes, den wir zitieren haben, der von Aufgabe und Einrichtung der öffentlichen Volksschule handelt, spricht von einem der Unterrichtsgegenstände der Volksschule ganz außerordentlich viel, das ist natürlich der, welcher am meisten gepflegt werden soll. Ueber Religion und was damit zusammenhängt, verbreiten sich sehr viel mehr und sehr viel umfangreichere Paragraphen, als über alle anderen Unterrichtsgegenstände zusammen.

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

Der Gedanke an den Musiknarren, wie er seinen Sohn nannte, trübte ihm zwar manche Stunde, denn er hatte ihn ersucht, sich nie mehr vor ihm sehen zu lassen, und es stand nicht zu erwarten, daß dieser ungerufen wiederkehre; es wollte ihm zuweilen bedünken, als habe er doch töricht getan, als er ihn durchaus im Kommerz haben wollte; aber Zeit, Gesellschaft und heitere Laune ließen diese trüben Gedanken nicht lange aufkommen: er lebte in Jubel und Freude, und wer ihn recht heiter sehen wollte, durfte nur zwischen elf Uhr und Mittag durch die Breite Straße wandeln. Sah er dort einen langen, hageren Mann, dessen sehr moderne Kleidung, dessen Lorquett und Reitpeitsche, dessen bewegliche Manieren nicht mehr recht zu seinen grauen Haaren paßten, sah er diesen Mann nach allen Seiten grüßen, alle Augenblicke bei diesem oder jenem Herrn stille stehen und schwagen und mit den Armen sechzen, so konnte er sich darauf verlassen, es war der Kommerzienrat Volnau.

Aber heute war dies alles ganz anders. Hatte ihn schon zuvor die Ermordungsgeschichte der Sängerin fast zu sehr affiziert, so war ihm das letzte Wort des Doktors in die Glieder geschlagen. „Volnau,“ hatte die Bianetti noch gesagt, ehe sie vom Bewußtsein kam.

Seinen eigenen ehrlichen Namen hatte sie unter so verhänglichen Umständen ausgesprochen! Seine Kniee zitterten und wollten ihm den Dienst versagen, sein Haupt senkte sich auf die Brust sorgenvoll und gedankenschwer. „Volnau!“ dachte er, „königlicher Kommerzienrat! Wenn sie jetzt stirbe, die Sängerin, wenn das Mädchen dann ihr Geheimnis von sich gäbe und den Polizeidirektor mit den näheren Umständen des Mordes und mit dem verhängnisvollen Worte bekannt machte! Was könnte nicht dann ein geschickter Jurist aus einem einzigen Worte argumentieren, besonders wenn ihn die Eitelkeit anfeuert, in einer solchen Angelegenheit seinen Scharfsinn zu zeigen.“ Er lorquettirte mit verzweiflungsvoller Miene das Zuchthaus, dessen Giebel aus der Ferne ragte. „Dorthin, Volnau, aus ganz besonderer Gnade und Rücksicht auf mehrjährige treue Dienste!“

Begegnete ihm ein Bekannter und nickte ihm zu, so dachte er: „Holla, der weiß schon um die Sache, und will mir zu verstehen geben, daß er wol unterrichtet sei.“ Ging ein anderer vorüber, ohne zu grüßen, so schien ihm nichts gewisser, als daß man ihn nicht kennen wolle, sich nicht mit dem Umgang eines Mörders beflecken wolle. Es fehlte wenig, so glaubte er selbst, er sei schuldig am Morde, und es war kein Wunder, daß er einen großen Bogen machte, um das Polizeibureau zu vermeiden, denn konnte nicht der Direktor am Fenster stehen, ihn erblicken und heraufrufen? „Wertester, beliebt es nicht, ein wenig heraufzuspazieren, ich habe ein Wort mit Ihnen zu sprechen.“ Verpüht

er nicht schon ein gewisses Zittern, fühlt er nicht jetzt schon seine Züge sich zu einem Armenübergelicht verziehen, nur weil man glauben könnte, er sei der, den die Sängerin mit ihrem letzten Worte angeklagt?

Und dann fiel ihm wieder ein, wie schädlich eine solche Gemütsbewegung für seine Konstitution sei; ängstlich suchte er nach Fensterseiden, um sich ruhig zu zählen, aber die Häuser und Straßen tanzten um ihn her, der Glockenturm schien sich höhnisch vor ihm zu neigen, ein wahnsinniges Grauen erfaßte ihn, er rannte durch die Straßen, bis er erschöpft in seiner Behausung nieder sank, und seine erste Frage war, als er wieder ein wenig zu sich gekommen, ob nicht ein Polizeidiener nach ihm gefragt habe?

IV.

Als gegen Abend der Medizinalrat Lange zu seiner Kranken kam, fand er sie um vieles besser, als er sich gedacht hatte. Er setzte sich an ihrem Bette nieder und besprach sich mit ihr über diesen unglücklichen Vorfall. Sie hatte ihren Arm auf die Kissen gestützt, in der zartgeformten Hand lag ihr schöner Kopf. Ihr Gesicht war noch sehr bleich, aber selbst die Erschöpfung ihrer Kräfte schien ihr einen eigentümlichen Reiz zu geben. Ihr dunkles Auge hatte nichts von jenem Feuer, jenem Ausdruck verlerren, der den Doktor, obgleich er ein bedächtiger Mann und nicht mehr in den Jahren war, wo Phantasie der Schönheit zu Hilfe kommt, schon früher von der Bühne aus angezogen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Wenn wir uns darauf beschränken, die betreffenden Stellen wörtlich zu zitieren, ohne auch nur ein einziges Wort des Kommentars hinzuzufügen, brauchen wir allein eine ganze Anzahl von Spalten. Wir schenken daher diese Zeilen unseren Lesern und uns selbst. Die betreffenden Paragrafen bedeuten, kurz und bündig gesagt, die Auslieferung der Schule an die Kirche und zwar an die ultramontane und orthodox-evangelische Geistlichkeit. Die religiös Frei denkenden, insbesondere selbstverständlich die Atheisten schweigt der Gesezentswurf tot, maulstot. Ihre Kinder aber will er christlich liebevoll in der vom Staat anerkannten Religion leben und geziehen lassen, und er geht in der Toleranz so weit, daß er die Erziehung in einem staatlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisse zuzulassen verspricht, wenn es gelingt, den Regierungspräsidenten zu überzeugen, daß den Kindern „in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird.“ Religion also muß sein, — daß wir alten Regier nicht einfach verdrängt werden, dafür können wir uns bei dem Minister v. Böttich untertänigst bedanken.

Ceterum censeo*): Das neue Volksschulgesetz ist funkelneugelneue Reaktion, dafür aber auch Reaktion vom reinsten Wasser; so klar, so kalt, so erkaltend für jede freie Regung, für das Aufblühen des modernen Geistes, des Geistes der Naturwissenschaften, daß jetzt wenigstens kein Zweifel über den neuen Kurs der Regierung bestehen kann. Das ist der Bankrott des liberalen Bourgeoisstaates! Endlich, 42 Jahre nach der Geburt der preussischen Verfassung, 106 Jahre nach dem Tode des erleuchteten Despoten auf dem preussischen Thron, des Philosophen unter den Königen, habt ihr es zu einem Unterrichts-gesez gebracht, aber nur zu einem Stück davon, und dieses Stück ist so beschaffen, daß ihr, ihr Herren Bourgeois, Zeter und Mordio schreit, weil ihr fühlt, daß euch und euren Staat das Gewicht dieses Gesezes unrettbar in den schwarzen Eumpf hinabzieht, in dem die christlichen Völker alle sammt seit Konstantin des Großen Zeit, und Dank ihm Generation auf Generation unrettbar versunken sind. Wir aber stehen auf festem Fels und sehen, wie euch der Boden unter den Füßen entweicht. Hütet euch ins Unvermeidliche. Ebenso wie für alles andre, wird auch für eure Leichenreden die Sozialdemokratie sorgen. Denn besseres konnte ihr nicht widerfahren, als daß sich der Staat der Kulturkämpfer und Sozialreformatoren mit dem Ruhmestranze dieses Gesezentswurfs — bis zum Stricken — bedeckte.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Die Frage der Feier des 1. Mai, welcher dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, ist bereits in mehreren Berliner Versammlungen Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es hat deshalb in den letzten Tagen eine private Zusammenkunft bekannter Parteigenossen, Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiter-

bewegung, stattgefunden, in der die Frage der Maifeier erörtert wurde.

Gelegentlich dieser Besprechung wurde mitgeteilt, daß Seitens der Parteileitung auch dieses Jahr wieder eine Maifest-Nummer herausgegeben wird, auf deren geistigen Inhalt und technische Ausgestaltung besondere Sorgfalt verwendet werden soll. Außerdem wird für die Teilnehmer an der Maidemonstration ein für ganz Deutschland gleichmäßiges Festzeichen hergestellt werden.

Die Teilnehmer an der Vorbesprechung waren einig darin, daß die Arrangements der Feier dies Jahr von der politischen Partei getroffen werden sollen, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt ist, daß die auf dem Boden der Klassenbewegung stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich dieser Feier anschließen werden. Die Leitung der Feier durch die politische Partei erschien angebracht, um den einheitlichen Charakter derselben zu wahren und jede Zerfahrenheit zu vermeiden, wie sie sich gelegentlich der Feier im vorigen Jahr hier und da gezeigt hat.

Bei dem Mangel an genügend großen Lokalen ober freien, den Volksmassen zugänglichen Plätzen, auf welchen die Hunderttausende von Berliner Arbeitern, welche sich für die Maidemonstration interessieren, Platz finden, hat man davon abgesehen, eine Zentralisation der Feier in Vorschlag zu bringen. Es fand dagegen der Vorschlag allseitige Zustimmung, daß in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen sich Komitees bilden, welche die Vorbereitung der Demonstration in die Hand nehmen sollen. Um aber den einheitlichen Charakter der Feier, so weit möglich, hervortreten zu lassen, wurde angeregt, die Arrangements in den sechs Wahlkreisen möglichst gleichartig zu gestalten und sollen vor Allem die Festkarten ein Verzeichnis sämtlicher Festlokale und Festplätze enthalten und dieselben zum Eintritt in allen Lokalen berechtigen. Man hofft, daß durch die letztere Einrichtung der Ueberfüllung bestimmter Lokale in etwas gesteuert werde.

In der Zusammenkunft sprach man sich besonders auch dagegen aus, daß auch dieses Jahr wieder besondere Maifeierbroschüren ausgegeben werden. Es wurde daraufhin von unterrichteter Seite die Mitteilung gemacht, daß ein solcher Plan von keiner Seite vorliege. Das Maifestzeichen solle zum Selbstkostenpreis an die einzelnen Komitees geliefert werden und wird mit demselben, neben dem demonstationen Charakter, vor Allem die Absicht verfolgt, dem Bedürfnis der Demonstranten gerecht zu werden, ohne sie auf die Produkte von Privat-Spekulation anzuweisen. Es darf wol angenommen werden, daß die Grundsätze, welche in dieser Zusammenkunft abgefaßt wurden, die Billigung der Klassenbewußten Arbeiter in ganz Deutschland finden, und die Maidemonstration deshalb überall im gleichen Geiste arrangiert und gefeiert werden wird.

Berlin. In der Budgetkommission des Reichstages wurde weiter debattiert über die verlangte Vermehrung des Marinepersonals. Der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums machte über die Notwendigkeit und den Zweck dieser Vermehrung Mitteilungen, zum Teil vertraulicher Art.

Ueber den Fall Baare macht in einer an die „Kölnische Zeitung“ gerichteten Erklärung Herr Zus-

angel die Mitteilung, daß nach glaubwürdigen Berichten, die er erhalten habe, „die Voruntersuchung in dem Stempelprozeß von neuem eröffnet“ sei. Da Herr Zusangel behauptet und in einer Reihe von Artikeln zu beweisen gesucht hat, daß Herr Baare bei noch unverjährten Fälschungen beteiligt gewesen sei, so scheint mit der Ankündigung der Wiedereröffnung der Voruntersuchung gesagt zu werden, daß das Verfahren nunmehr sich auch gegen Herrn Baare richten und auf den von Zusangel erörterten Tatbestand ausdehnen.

Glauchau. In welcher traurigen Verhältnissen die Arbeiter hier leben, beweisen folgende Fälle: Ein Arbeiter, Familienvater, welcher in unserer Bankrottsperiode außer Arbeit kam, hatte sie durch verschiedene Arbeiten einige Wochen mühselig hingeharrt. Vorige Woche sah er sich nun genötigt, einmal in mehreren Fabriken nach Arbeit zu fragen. Dabei kam er auch in die Kammgarnspinnerei von Psefferlorn u. Co. (früher Grösemann). Als er den Herrn fragte, ob er nicht Arbeit bekommen könnte, bekam er die Antwort: Ja, wenn Sie arbeiten wollen, können Sie nächsten Montag anfangen. Die zweite Frage war natürlich: Was zahlen Sie? Der Herr antwortete: 4 Mark pro Woche. Und das bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis Abends 7 Uhr! — Ein zweiter Fall ist folgender: Das Geschäft des Herrn Bönicke giebt Garn zum Spulen und Treiben aus, aber nicht aus erster Hand, sondern erst durch einen Verleger Namens Dörr. Zwei alte Leute, welche sich schon mehrere Jahre damit genährt haben, hatten vor einigen Wochen auch 200 Zahlen von dem betreffenden Dörr zum Spulen bekommen. Die zwei Leute spulten mit einander zwei Tage, dann wurde geliefert. Und was bekamen sie ausgezahlt? Fünfundzwanzig Pfennige! Wir haben dem nichts beizufügen.

Drei Millionen Gewehrstücke will die russische Regierung von babischen Firmen anfertigen lassen. Die Mannheimer „Volksstimme“ bemerkt zu dieser Nachricht: Auch wir wünschen, daß die Lieferung im Interesse der armen, hungrigen Arbeiter zum Abschluß kommt. Aber es hat alles seine zwei Seiten. Sieht es eine glanzvolle Provision der gegenwärtigen Gesellschaftszustände, als die Tatsache, daß der arme Arbeiter, um nicht sofort zu verhungern, die Gewehre fabriken muß, mit denen er später selbst niedergeknallt werden soll? Und er muß dies tun, will er nicht Weib und Kind verhungern lassen, obwohl im gewöhnlichen Leben jeder den einen Dummkopf schilt, der seinem Feind das Messer selbst in die Hand giebt.

Ueber die Entwicklung der Unfallversicherung ist aus dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes Folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1891 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldeung gelangten Unfälle 224 028, die der entschädigten Unfälle 51 437, von denen 6296 den Tod, 3258 eine dauernde völlige, 26 428 eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit und 15,455 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten.

* Im Uebrigen meine ich.

Pompeius.

(Von R. Krauß.)
So oft ich den Namen höre oder lese, muß ich lachen. Vor meinem geistigen Auge erscheint ein altes Haus mit einem Hirschgeweih am Giebel; die lange Hopfenstangengestalt des Hegers taucht empor; breitspurig steht er da, reißt mit beiden Händen an seinem unbändig langen Schnurrbart und zwinkert mit den lüthigen Augen. Die dicke, am rechten Fuße hinstehende Hand schlägt die Hände über dem Kopfe zusammen und schreit mit köstlichem Entsetzen: „Ach, Herr Jesus, der Pompeius ist da!“ Und über das gutmütige Gesicht der Mutter und das ernste, verwitterte Antlitz meines Vaters huscht ein flüchtiges Lächeln. Und dann erscheint er selbst am Horizont, ernst und selbstbewußt wie ein Feuerwehr-Kommandant, in gleichem Gewande, den brennend roten Helm auf dem stolzen Haupte, der selbstherrliche Herrscher des ganzen Hofes — mit einem Worte, Er, der Herr Pompeius...

Alle Hühner waren schon ausgekrochen, nur ein Ei lag noch toll und schwer wie ein Stein unter der brütenden Henne. Plötzlich einmal, mitten in der Nacht, erkante ein ängstliches Pipsen, ein zorniges Guckfen und Kreischen, und die quäkende Stimme der Magd rief: „Frau, das Hühnel ist ausgekrochen, aber die Henne will's tot machen.“ ... So war es auch. Die Alte fiel über das Junge her und traktierte

es mit Flügel schlägen und Schnabelstößen; die Hühnermutter war aus unerklärlichen Ursachen zur Rabenmutter geworden.

Das Kleine wanderte für einige Tage in den Federklopf. Später, als die anderen Küchlein schon ganz munter ihre Entdeckungsfahrten nach Brotkrumen, Körnern und Wurmern unternahmen, versuchte die Mutter das Augengesohene unter die Schar der quäkenden Schwestern hindrinschmären. Aber nicht genug, daß die alte Henne sich diesem Ansinne auf das A. f. f. g. widersetzte, auch die Hühnerchen begannen in dem Neßhäuten schon einen Feind zu wittern. Und so blieb es denn in der Stube und wurde, was man so sagt, ein echtes Stubenhuhn. Es wuchs und gedieh viel schneller und besser als die übrigen; den ganzen Tag lief es hinter der Mutter her, und hatte es Hunger, so schrie es, und war es zufrieden, so gackerte es, aber mit so tiefer Stimme, wie ein angehender Bahnlänger, dazwischen tollerte es wieder, als wäre sein Vater ein gravitätischer Trutthahn gewesen. Furcht schien es gar nicht zu kennen; es kletterte mit seinen langen, starken Beinen den Jagdhunden auf den Rücken und schlug mit seinen Flügeln nach der Kaze.

Unser Heger nannte jeden, der ihm nicht in den Kram paßte, einen Pompeius. Wurde ein Baum aus dem Walde gestohlen, so konnte das nur so ein verd. . . . Pompeius getan haben. Daß jemand gegen seine gewaltigen Aufschreierchen Einwendungen zu machen, so war das natürlich nur ein dummes Pompeius. Fortsetzung folgt.

Literatur.

Sozialpolitisches Zentralblatt: Die eben erschienene Nummer 7 hat folgenden Inhalt:
Zur Heimstättenfrage. Von Dr. Carl Grünberg.
Soziale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitik: Die russische Wirtschaftspolitik und die Hungersnot. Zu den agrarischen Zuständen in Mexiko.
Arbeiterzustände: Rubrikanten für das Betriebspersonal der preussischen Staatsbahnen. Der Notstand in der ostschweizerischen Siderie. Klagen über die Sehlingszüchtereien.
Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Zum Programm des deutschen Gewerkschaftskongresses. Von Maxim Segis.
Organisation der Eisenbahnarbeiter. Kongress der französischen Arbeiterverbände.
Arbeiterausbildung: Frankfurter Ortsstatut über die Sonntagsschule im Handelsgewerbe. Sonntagsschule im Berliner Handelsgewerbe. Arbeiterausbildung in Drahtziehereien.
Zum deutschen Koalitionsrecht. Eintragungen in Arbeitsbücher nach deutschem Gewerberecht. Schutzvorschriften für Arbeiter in Biqueletfabriken.
Gewerbeinspektion: Gewerbeinspektion in Holland.
Arbeiterversicherung: Die Fürsorge für erkrankte Dienstboten. Von J. Silbermann. Zur Reform der deutschen Arbeiterversicherungsgesetze. Der Begriff Unternehmergewinn in der Auffassung des Reichsversicherungsamtes. Die Altersversicherung in England.
Gewerbegericht, Einigungsämter und Arbeiterauschüsse: Arbeiterauschüsse bei den preussischen Staatsbahnen. Von Dr. Max Quard. Die Behörden der Pariser Omnibusgesellschaft und das Handelsgericht als Schiedsgericht. Geschäftstätigkeit des Stuttgarter Gewerbegerichts.
Wohnungsfrage: Regelung des Kost- und Quartiergängerwesens in der Regierungsbekanntmachung.
Literatur: Swiatlowsky, W., Die Fabrikhygiene.
(E. Schölkow.)
Gegenstände Schriften.

Die im Jahre 1891 verausgabten Entschädigungen (Renten u. s. w.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung zirka M. 25 918 000 gegen M. 20 315 320 im Jahre 1890, Mark 14 464 303 im Jahre 1889, Mark 9 681 447 im Jahre 1888, Mark 5 932 930 im Jahre 1887 und Mark 1 915 366 im Jahre 1886.

Entschädigungen (Renten z.) wurden im Jahre 1891 gezahlt oder angewiesen an: 116 936 Verletzte, 16 006 Witwen Getöteter, 32 502 Kinder Getöteter, 1287 Witzendenten (Eltern, Großeltern) Getöteter, daneben ferner im Jahre 1891: 4477 Ehefrauen, 9823 Kinder und 142 Witzendenten als Angehörige von in Krankenhäusern untergebrachten Verletzten die gesetzlichen Unterstützungen gezahlt oder angewiesen, so daß im Berichtsjahre zusammen 181 173 Personen der Wolltaten der Unfallversicherung teilhaftig geworden sind.

Das in den vorstehenden Zahlen zu Tage tretende Steigen der Unfallkosten steht fortgesetzt in richtigem Verhältnis zu den feinerzeit regierungsseitig veröffentlichten Vorausberechnungen. Danach soll bei einer angenommenen Anzahl von 1 615 253 versicherten Personen im fünften Jahre Mark 4 723 000 an Entschädigungsbeiträgen gezahlt werden.

Wird als erstes Beitragsjahr das vierte Quartal 1885 und die drei ersten Quartale des Jahres 1886 angenommen, und wird ferner bei den seit dem 1. Oktober 1885 bestehenden 57 älteren Berufsgenossenschaften die Zahl der versicherten Personen und dementsprechend die Höhe der gezahlten Entschädigungen auf die vorstehende Zahl 1 615 253 umgerechnet, so ergibt sich, daß tatsächlich im fünften Jahre M. 4 918 031 an Entschädigungsbeträgen gezahlt worden sind.

X Aus dem Reichstage. In der 173. Plenarsitzung des Reichstages erfolgte die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1892/93.

Bei dem Spezial-Etat für die Verwaltung des Reichsheeres wurde die Beratung fortgesetzt mit Titel I des Kapitels 18: „Militär-Justizverwaltung“.

Eine große Anzahl von Petitionen, welche von der Kommission für die Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet wurden, sind zur Einsicht im Reichstagsbüro niedergelegt worden.

Darunter befindet sich leider auch eine solche, welche die Einführung der fakultativen Feuerbestattung befürwortet.

Unter den zahlreichen, neu eingegangenen Petitionen — gegen 200 — erscheint von besonderem Interesse eine aus dem Rheinlande (Köln) stammende, die ebenfalls, wie andere Petitionen, die Aufhebung des § 166 des Str.-G.-B. (Gotteslästerung u. s. w.) betrifft.

Ein Dankschreiben der italienischen Botschaft an das Präsidium des Reichstages aus Anlaß der Beteiligung von Reichstagsmitgliedern an den Leichenfeierlichkeiten für den Grafen de Launay wurde bekannt gegeben.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Wahl des Abg. Dr. Porich im 11. Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau für gültig zu erkennen, 2. den Beschluß des Reichstages vom 9. Februar 1891 durch die angestellten Beweiserhebungen für erledigt zu erachten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ohnmacht des Klassenstaats, soziale Nebel zu beseitigen, tritt bei jeder Gelegenheit recht grell zu Tage. Wie Wiener Blätter berichten, mehren sich neuerdings die Klagen, daß der Mädchenhandel aus Oesterreich-Ungarn nach dem Orient und speziell nach Konstantinopel ungeachtet des strengsten Vorgehens der österreichisch-ungarischen Vertretungs-Behörden gegen notorische Kuppler, welche sich in Konstantinopel aufhalten und österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, immer schwunghafter betrieben wird. Es wird neuerdings auf die kräftigen Umtriebe der Kuppler und ihre auf die möglichste Ausbeutung der angeworbenen Mädchen gerichteten Bestrebungen aufmerksam gemacht und beigefügt, daß die bezüglichen Bemühungen der Behörden nur dann von einem ausgiebigen Erfolg begleitet sein können, wenn dieselben die Unterstützung der Bevölkerung finden. — Bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die der Prostitution den gewaltigsten Damm entgegen zu setzen vermögen, das übersteigt natürlich die Weisheit der Staatslenker.

Frankreich.

Eine kostbare Satire auf den Schutzoll. Der französische freihändlerische Staatsökonom J. Baisj veröffentlicht in der „Justice“ eine humoristische Adresse

ber französischen Schmuggler an Herrn Méline. Diese Industriellen bedanken sich bei dem Obmanne der parlamentarischen Zollkommission dafür, daß er als Urheber des neuen Zolltarifs auch für ihre, bisher etwas vernachlässigte Industrie trefflich gesorgt habe. Endlich also werde die nationale Arbeit wirklich „in allen ihren Formen“ beschützt werden; ja von allen französischen Gewerben werde künftig das Schmugglergewerbe unbedingt das einträglichste sein. „Demzufolge“, schließt die Adresse, „haben wir die Ehre, Ihnen zur Erinnerung an das denkwürdige Datum des 1. Februar eine Denkmünze zuzustellen zu lassen. Sie trägt die gezeichnete Aufsicht: „Herrn Méline, dem Beschützer der nationalen Arbeit, die dankbaren Schmuggler“. Sie entschuldigen, wenn wir sie Ihnen nicht selber überreichen. Wir würden gegen alle Ueberlieferungen unserer Körperschaft verstoßen, wenn wir nicht die Münze im Auslande prägen und Ihnen zuschmuggeln ließen.“ — Die Satire paßt auch auf deutsche Verhältnisse.

Fraucensstudium in Frankreich. Nach einem Bericht über das französische Unwersitätswesen, welcher in der Revue de l'Enseignement Supérieur erschienen ist, ist die Zahl der weiblichen Studenten, welche im Jahre 1890 sich auf 152 belief, während des letzten Jahres auf 252 gestiegen. An der medizinischen Fakultät studiren 18 Französinnen, 6 Engländerinnen, 3 Rumäninnen, 2 Türkinen, 1 Griechin, 1 Amerikanerin und 103 Russinnen. An der Fakultät der Naturwissenschaften zählt man 5 Französinnen und 14 Ausländerinnen. An der philosophischen Fakultät beträgt die Zahl der Französinnen 82 gegenüber 15 Ausländerinnen. 3 Frauen, Russinnen nämlich, haben das medizinische Doktordiplom erworben, und einer von diesen, Mlle. Melhac, ist für ihre Tese („Der Zucker als diuretisches Mittel“) sogar eine ehrenvolle Erwähnung zu Teil geworden. An der philosophischen Fakultät hat eine Griechin, Mlle. Gallixperi, ein glänzendes Examen zur Erlangung des Lizentiats abgelegt.

Rußland.

Der Notstand in Rußland erzeugt geradezu haarsträubende Erscheinungen, wie nachstehendes Telegramm beweist:

Petersburg, 9. Februar. „Zerkowni Besluit“, das Organ des geistlichen Ressorts, konstatiert eine große Sterblichkeit unter den Kindern im Gouvernement Orenburg, weil die Regierung Darlehnsgesuche in den weitest meisten Fällen verweigert. Die Eltern verlassen die hungernden Kinder, um das Glend nicht länger ansehen zu müssen. Es ist amtlich festgestellt worden, daß Mütter ihre Kinder aus Verzweiflung getötet haben. Die geistlichen Komitees verfügten nur über geringe Mittel und seien deshalb nicht in der Lage, Hilfe leisten zu können.

Arbeiterbewegung.

Aufruf

an sämtliche Haus- und Geschäftsdienner, Packer, Kellerarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands!

Bezugnehmend auf die Resolution, welche in der am 2. Februar stattgehabten öffentlichen Versammlung der Hausdiener Berlins einstimmig angenommen wurde und folgendermaßen lautet:

„Die am 2. Februar bei Feuerstein tagende öffentliche Versammlung der Hausdiener erklärt es für notwendig, mit den Berufsgenossen an anderen Orten in Verbindung zu treten, um gemeinsam die Frage der Organisation zu beraten und zu beschließen. Da nur eine mündliche Verständigung möglich, beschließt die Versammlung: Der Vertrauensmann ist aufzufordern, durch einen öffentlich zu erlassenden Aufruf alle Berufsgenossen Deutschlands zur Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Besprechung aufzufordern. Der Ort und die Zeit, sowie die Tagesordnung der Konferenz sind gemeinsam mit den Kollegen derjenigen Orte, in welchen bereits Organisationen unserer Branche bestehen, festzustellen. Inzwischen darf nichts verabjaumt werden, die Organisation unserer Kollegen auch dort, wo noch keine Vereine bestehen, zu fördern und zu betreiben. Die Kollegen hier und auswärts werden dann aufgefordert, durch Vertrauensleute für die Beschaffung eines gemeinsamen Agitationsfonds einzutreten, die Selbstsammlungen rege zu betreiben und zu unterstützen, auch Verständigung darüber zu suchen, ob durch Bots oder Listen gesammelt werden soll.“

fordert der Unterzeichnete alle Vertreter von Hausdiener-Organisationen Deutschlands, resp. Berufsgenossen auf, ihm umgehend ihre genaue Adresse zukommen zu lassen. In Orten, wo keine der genannten Organisationen besteht, es das Zweckmäßigste, öffentliche Versamm-

lungen einzuberufen und Vertreter zu wählen, um auf diesem Wege Stellung nehmen zu können, welche Form der Organisation für unseren Beruf in Deutschland die zweckentsprechendste ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Plath, Vertrauensmann der Hausdiener Berlins, Berlin, Neue Promenade 5.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

Auf den königlichen Proviantsämtern in Potsdam haben letzter Tage mehrere Arbeiterentlassungen stattgefunden. Es handelt sich um eine höhere Anordnung, auf Grund welcher bereits ca. 20 Arbeiter entlassen und an deren Stelle junge Mädchen zum Heu- und Strohhinden zc. eingestellt sind. Unter den entlassenen Arbeitern befindet sich einer, welcher schon 31 Jahre 10 Monate als Proviantamtsarbeiter tätig war, ein anderer, welcher fünf Kinder zu ernähren und in drei Feldzügen 19 Gejechte mitgemacht hat. Fast alle sind Familienväter und jämmllich haben sie vorzügliche Führungsatze ausgeübt erhalten.

Ueber den Streit der Handschuhmacher in Friedrichshagen und Burg ist zu berichten, daß der, erste in den genannten Orten noch fortbauert. Die gegenteiligen Meldungen sind falsch. Beigelegt ist der Streit nur an einzelnen Orten, wo es sich um bloße Lohnreduktion ohne Einführung der Alles schädigenden Teilarbeit durch Nichtberufsangehörige handelte, und in diesen Fällen wurde die Sache zu Gunsten der Streitenden entschieden. In den Fabriken Friedrichshagen und Burg, wo es sich gerade um Einführung der Teilarbeit handelt, dauert der Streit, wie gejagt, fort. Haben wir auch nicht mehr mit der großen Anzahl Streitender zu rechnen, da ein großer Teil derselben bereits anderweitig Unterkommen gefunden hat, so ist immerhin noch nicht abzusehen, wie lange es dauert, bis Alle untergebracht sind, weil die Geschäftskrisis auch in anderen Orten vielfach Arbeitslose gezeitigt hat. Und dieser Krisis verdankt es der Friedrichshagener Fabrikant, daß sich eine größere Zahl Gehilfen momentan der Teilarbeit willig zeigt, auf wie lange, liegt an der Hebung der Geschäftslage, die nicht mehr lange auf sich warten lassen kann. Wir haben bis jetzt zu unserer Organisation gehalten und werden dies auch ferner tun, sehen unseren Bestrebungen doch die Arbeiter und Genossen sympathisch zur Seite, und nur durch ihre Hilfe sind wir im Stande, unsere Organisation vor dem geplanten Untergange zu retten und den Sieg zu erlangen.

Darum Arbeiter, Genossen, verlaßt uns nicht, wir werden Euch, wenn es Not tut, auch nicht verlassen und stets Eurer uns jetzt geleisteten Hilfe dankbar eingedenk sein.

Die Lohnkommission der Glacé-Handschuhmacher.

In den Werkstätten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaften zu Berlin, Adersburg 76, haben am Sonnabend Vormittag 21 Mann des Personals (Klempner und Gürtler) die Arbeit wegen Lohnreduktion und unbefriedigender Behandlung seitens eines Meisters niedergelegt. Bis zum Austrag der Sache bitten die Ausständigen um Fernhaltung des Zugangs.

Der Unterstützungsverein der Kupfer-Schmiede Deutschlands hält am 3. April und folgende Tage in Halle seine Generalversammlung ab. Hauptgeschäftliche Punkte der Tagesordnung sind: Antrag der Filiale Berlin, dem Verein den Charakter einer Versicherungsanstalt zu nehmen; Einführung eines Rechtschutz Reglements; ferner die Beilegung des letzten Heftes alter Junggebräuche; Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Kleine Chronik.

Der Prachtzug, welcher soeben für den deutschen Kaiser fertig gestellt und nach Potsdam zur Ansicht gelangt worden ist, hat dem preußischen Staatschatz nahezu 4 Millionen Mark gekostet und mehr wie 3 Jahre zur Vollendung gefordert. — Seine 11 Salonwagen, verbunden durch Korridore, schließen ein Arbeitszimmer ein, welches mit echten Gobelins behangen ist, einen Salon mit weißem Satin tapeziert und ausgestattet, eine Kinderstube, ein Empfangszimmer mit Marmorstatuetten verziert, eine Küche und Schlafzimmer für verschiedene Gäste.

Im „Berghoten“, dem Moniteur des mannsfeldischen Bergbaus Geuschners, wird in einem „Lied an die Bauern“ die Mansfelder Sorte des „geistigen Kampfes“ gegen die unverbesserlichen Sozialdemokraten recht anschaulich charakterisiert.

Wenn wir uns darauf beschränken, die betreffenden Stellen wörtlich zu zitieren, ohne auch nur ein einziges Wort des Kommentars hinzuzufügen, brauchen wir allein eine ganze Anzahl von Spalten. Wir schenken daher diese Zitate unseren Lesern und uns selbst. Die betreffenden Paragrafen bedeuten, kurz und bündig gesagt, die Auslieferung der Schule an die Kirche und zwar an die ultramontane und orthodox-evangelische Geistlichkeit. Die religiös Frei denkenden, insbesondere selbstverständlich die Ateisten schweigt der Gesegentwurf tot, mausetot. Ihre Kinder aber will er christlich liebevoll in der vom Staat anerkannten Religion leben und gedeihen lassen, und er geht in der Toleranz so weit, daß er die Erziehung in einem staatlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisse zuzulassen verspricht, wenn es gelingt, den Regierungspräsidenten zu überzeugen, daß den Kindern „in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird.“ Religion also muß sein. — daß wir alten Kraker nicht einfach verbrannt werden, dafür können wir uns bei dem Minister u. Zebly untertänigst bedanken.

Ceterum censeo*): Das neue Volksschulgesetz ist funkelnelnagelneue Reaktion, dafür aber auch Reaktion vom reinsten Wasser; so klar, so kalt, so erkältend für jede freie Regung, für das Ausfließen des modernen Geistes, des Geistes der Naturwissenschaften, daß jetzt wenigstens kein Zweifel über den neuen Kurs der Regierung bestehen kann. Das ist der Bankrott des liberalen Bourgeoisstaates! Endlich, 42 Jahre nach der Geburt der preussischen Verfassung, 106 Jahre nach dem Tode des erleuchteten Despoten auf dem preussischen Thron, des Philosophen unter den Königen, habt ihr es zu einem Unterrichtsgesetz gebracht, aber nur zu einem Stück davon, und dieses Stück ist so beschaffen, daß ihr, ihr Herren Bourgeois, Peter und Wordio schreit, weil ihr fühlt, daß euch und euren Staat das Gewicht dieses Gesetzes unrettbar in den schwarzen Sumpf hinabzieht, in dem die christlichen Völker alle sammt seit Konstantin des Großen Zeit, und Dank ihm Generation auf Generation unrettbar versunken sind. Wir aber stehen auf festem Fels und sehen, wie euch der Boden unter den Füßen entweicht. Fügt euch ins Unvermeidliche. Ebenso wie für alles andre, wird auch für eure Leichenreden die Sozialdemokratie sorgen. Denn besseres konnte ihr nicht widerfahren, als daß sich der Staat der Kulturkämpfer und Sozialreformatoren mit dem Ruhmesstranje dieses Gesegentwurfs — bis zum Erschrecken — bedeckte.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Die Frage der Feier des 1. Mai, welcher dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, ist bereits in mehreren Berliner Versammlungen Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es hat deshalb in den letzten Tagen eine private Zusammenkunft bekannter Parteigenossen, Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiter-

bewegung, stattgefunden, in der die Frage der Maifeier erörtert wurde.

Besonders dieser Besprechung wurde mitgeteilt, daß Seitens der Parteileitung auch dieses Jahr wieder eine Maifest-Nummer herausgegeben wird, auf deren geistigen Inhalt und technische Ausgestaltung besondere Sorgfalt verwendet werden soll. Außerdem wird für die Teilnehmer an der Maidemonstration ein für ganz Deutschland gleichmäßiges Festzeichen hergestellt werden.

Die Teilnehmer an der Vorbesprechung waren einig darin, daß die Arrangements der Feier dies Jahr von der politischen Partei getroffen werden sollen, wobei als selbstverständlich vorausgelegt ist, daß die auf dem Boden der Klassenbewegung stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich dieser Feier anschließen werden. Die Leitung der Feier durch die politische Partei erschien angebracht, um den einheitlichen Charakter derselben zu wahren und jede Zerfahrenheit zu vermeiden, wie sie sich gelegentlich der Feier im vorigen Jahr hier und da gezeigt hat.

Bei dem Mangel an genügend großen Lokalen oder freien, den Volksmassen zugänglichen Plätzen, auf welchen die Hunderttausende von Berliner Arbeitern, welche sich für die Maidemonstration interessieren, Platz finden, hat man davon abgesehen, eine Zentralisation der Feier in Vorschlag zu bringen. Es fand dagegen der Vorschlag allseitige Zustimmung, daß in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen sich Komitees bilden, welche die Vorbereitung der Demonstration in die Hand nehmen sollen. Um aber den einheitlichen Charakter der Feier, so weit möglich, hervorzuheben zu lassen, wurde angeregt, die Arrangements in den sechs Wahlkreisen möglichst gleichartig zu gestalten und sollen vor allem die Festorte ein Verzeichnis sämtlicher Festlokale und Festplätze enthalten und dieselben zum Eintritt in allen Lokalen berechtigen. Man hofft, daß durch die letztere Einrichtung der Ueberfüllung bestimmter Lokale in etwas gesteuert werde.

In der Zusammenkunft sprach man sich besonders auch dagegen aus, daß auch dieses Jahr wieder besondere Maifeierbons ausgegeben werden. Es wurde daraufhin von unterrichteter Seite die Mitteilung gemacht, daß ein solcher Plan von keiner Seite vorliege. Das Maifestzeichen sollte zum Selbstkostenpreis an die einzelnen Komitees geliefert werden und wird mit demselben neben dem demonstrativen Charakter, vor allem die Absicht verfolgt, dem Bedürfnis der Demonstranten gerecht zu werden, ohne sie auf die Produktion von Privat-Spekulation anzuweisen. Es darf wol angenommen werden, daß die Grundzüge, welche in dieser Zusammenkunft akzeptiert wurden, die Billigung der Klassenbewußten Arbeiter in ganz Deutschland finden, und die Maidemonstration deshalb überall im gleichen Geiste arrangiert und gefeiert werden wird.

Berlin. In der Budgetkommission des Reichstages wurde weiter debattiert über die verlangte Vermehrung des Marinepersonals. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts machte über die Notwendigkeit und den Zweck dieser Vermehrung Mitteilungen, zum Teil vertraulicher Art.

Ueber den Fall Baare macht in einer an die „Kölnische Zeitung“ gerichteten Erklärung Herr Jus-

angel die Mitteilung, daß nach glaubwürdigen Berichten, die er erhalten habe, „die Voruntersuchung in dem Stempelprozeß von neuem eröffnet“ sei. Da Herr Jusangel behauptet und in einer Reihe von Artikeln zu beweisen gesucht hat, daß Herr Baare bei noch unverjährten Fälschungen beteiligt gewesen sei, so scheint mit der Ankündigung der Wiedereröffnung der Voruntersuchung gesagt zu werden, daß das Verfahren nunmehr sich auch gegen Herrn Baare richte und auf den von Jusangel erörterten Tatbestand ausdehne.

Glauchau. In welcher traurigen Verhältnissen die Arbeiter hier leben, beweisen folgende Fälle: Ein Arbeiter, Familienvater, welcher in unserer Bankrottsperiode außer Arbeit kam, hatte sie durch verschiedene Arbeiten einige Wochen mühselig hingestrichelt. Borige Woche sah er sich nun genötigt, einmal in mehreren Fabriken nach Arbeit zu fragen. Dabei kam er auch in die Kammgarnspinnerei von Pfefferkorn u. Co. (früher Gröfeman). Als er den Herrn fragte, ob er nicht Arbeit bekommen könnte, bekam er die Antwort: Ja, wenn Sie arbeiten wollen, können Sie nächsten Montag anfangen. Die zweite Frage war natürlich: Was zahlen Sie? Der Herr antwortete: 4 Mark pro Woche. Und das bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis Abends 7 Uhr! — Ein zweiter Fall ist folgender: Das Geschäft des Herrn Bönicke giebt Garn zum Spulen und Treiben aus, aber nicht aus erster Hand, sondern erst durch einen Verleger Namens Dörr. Zwei alte Leute, welche sich schon mehrere Jahre damit genährt haben, hatten vor einigen Wochen auch 200 Zahlen von dem betreffenden Dörr zum Spulen bekommen. Die zwei Leute spulten mit einander zwei Tage, dann wurde geliefert. Und was bekamen sie ausgezahlt? Fünfundzwanzig Pfennige! Wir haben dem nichts beizufügen.

Drei Millionen Gewehrshäfte will die russische Regierung von badischen Firmen anfertigen lassen. Die Mannheimer „Volksstimme“ bemerkt zu dieser Nachricht: Auch wir wünschen, daß die Lieferung im Interesse der armen, hungrigen Arbeiter zum Abschluß kommt. Aber es hat alles seine zwei Seiten. Sieht es eine grausamere Ironisierung der gegenwärtigen Gesellschaftszustände, als die Tatsache, daß der arme Arbeiter, um nicht sofort zu verhungern, die Gewehre fabrizieren muß, mit denen er später selbst niedergeknallt werden soll? Und er muß dies tun, will er nicht Weib und Kind verhungern lassen, obwohl im gewöhnlichen Leben jeder den einen Dummkopf schilt, der seinem Feind das Messer selbst in die Hand giebt.

Ueber die Entwicklung der Unfallversicherung ist aus dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes Folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1891 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldung gelangten Unfälle 224 028, die der entschädigten Unfälle 51 437, von denen 6296 den Tod, 3258 eine dauernde völlige, 26 428 eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit und 15 455 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten.

Pompeius.

(Von N. Krauß.)

So oft ich den Namen höre oder lese, muß ich lachen. Vor meinem geistigen Auge erscheint ein altes Haus mit einem Hirchgeweiß am Giebel; die lange Hopfenstange des Hegers taucht empor; breitspurig steht er da, reißt mit beiden Händen an seinem unbändig langen Schnurrbart und zwinkert mit den listigen Augen. Die dicke, am rechten Fuße hinkende Maid schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und schreit mit komischem Entsetzen: „Ach, Herr Jesus, der Pompeius ist da! ...“ Und über das guimutige Gesicht der Mutter und das ernste, vermittelte Antlitz meines Vaters huscht ein flüchtiges Lächeln. Und dann erscheint er selbst am Horizont, ernst und selbstbewußt wie ein Feuerwehr-Kommandant, in gleichem Gewande, den brennend roten Helm auf dem stolzen Haupte, der selbstherrliche Herrscher des ganzen Hofes — mit einem Worte, Er, der Herr Pompeius . . .

Alle Hühnchen waren schon ausgekrochen, nur ein Ei lag noch kalt und schwer wie ein Stein unter der brütenden Henne. Plötzlich einmal, mitten in der Nacht, erkam ein anglisches Pfaffen, ein zorniges Glucksen und Kreischen, und die querschende Stimme der Magd rief: „Frau, das Hühnel ist ausgekrochen, aber die Henne will's tot machen.“ . . . So war es auch. Die Alte fiel über das Junge her und traf

es mit Flügelschlägen und Schnabelstichen; die Hühnermutter war aus unerklärlichen Ursachen zur Rabenmutter geworden.

Das Kleine wanderte für einige Tage in den Federtopf. Später, als die anderen Küchlein schon ganz munter ihre Entdeckungsfahrten nach Brotkrumen, Körnern und Wärmern unternahmen, versuchte die Mutter das Kuckuckshühnerchen unter die Schär der querschenden Schere hinauszuschmären. Aber nicht genug, daß die alte Henne sich diesem Anfinnen auf das Ausrückste widersetzte, auch die Hühnchen begannen in dem Reichthümchen schon einen Feind zu mittern. Und so blieb es denn in der Stube und wurde, was man so sagt, ein echtes Stubenhuhn. Es wuchs und gedieh viel schneller und besser als die übrigen; den ganzen Tag ließ es hinter der Mutter einher, und hatte es Hunger, so schrie es, und war es zufrieden, so gackerte es, aber mit so tiefer Stimme, wie ein angehender Dapflänger, dazwischen tollerte es wieder, als wäre sein Vater ein granitfester Druthahn gewesen. Furcht schien es gar nicht zu kennen; es flatterte mit seinen langen, starken Weinen den Jagdhunden auf den Rücken und schlug mit seinen Flügeln nach der Raue.

Unser Heger nannte jeden, der ihm nicht in den Kram paßte, einen Pompeius. Wurde ein Baum aus dem Walde gehoben, so konnte das nur so ein verd . . . Pompeius getan haben. Sagte jemand gegen seine gewaltigen Aufschneiderellen Erwahnungen zu machen, so war das natürlich nur ein dummer Pompeius. Fortsetzung folgt.

Literatur.

- Sozialpolitisches Zentralblatt:** Die eben erschienene Nummer 7 hat folgenden Inhalt:
- Zur Heimstättenfrage. Von Dr. Carl Grünberg.
- Soziale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitik: Die russische Wirtschaftspolitik und die Hungernot. Zu den agrarischen Zuständen in Mexiko.
- Arbeiterzustände: Rubelzinsen für das Betriebspersonal der preussischen Staatsbahnen. Der Konflikt in der österreichischen Südbahn. Klagen über die Lehrlingszuchterei.
- Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Zum Programm des deutschen Gewerkschaftskongresses. Von Martin Segitz.
- Organisation der Eisenbahnarbeiter. Kongreß der französischen Arbeiterverbände.
- Arbeiterausgleichsgesetzgebung: Frankfurter Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe. Arbeiterausgleich in Drahtziehereien. Zum deutschen Koalitionsrecht. Eintragungen in Arbeitsbücher nach deutschem Gewerberecht. Schutzvorschriften für Arbeiter in Biqueffabrikten.
- Gewerbeinspektion: Gewerbeinspektion in Holland.
- Arbeiterversicherung: Die Fürsorge für erkrankte Dienstboten. Von J. Silbermann.
- Zur Reform der deutschen Arbeiterversicherungsgesetze. Der Begriff Unternehmergewinn in der Auffassung des Reichsversicherungsamts. Die Altersversicherung in England.
- Gewerbegericht, Einigungsämter und Arbeiterausschüsse: Arbeiterausschüsse bei den preussischen Staatsbahnen. Von Dr. Max Quard.
- Die Bediensteten der Pariser Omnibusgesellschaft und das Handelsgericht als Schiedsgericht. Geschäftstätigkeit des Stuttgarter Gewerbegerichts.
- Wohnungsfrage: Regelung des Kost- und Quartiergängerwells in Regierungsbezirk Münster.
- Literatur: Swjatowski, W., Die Fabrikhygiene. (E. Schölow.)
- Singsendete Schriften.

Die im Jahre 1891 verausgabten Entschädigungen (Renten u. s. w.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung zirka M. 25 918 000 gegen M. 20 315 320 im Jahre 1890, Mark 14 464 303 im Jahre 1889, Mark 9 681 447 im Jahre 1888, Mark 5 932 930 im Jahre 1887 und Mark 1 915 366 im Jahre 1886.

Entschädigungen (Renten u.) wurden im Jahre 1891 gezahlt oder angewiesen an: 116 936 Verletzte, 16 006 Witwen Getöteter, 32 502 Kinder Getöteter, 1287 Azendenten (Eitern, Großeltern) Getöteter, daneben ferner im Jahre 1891: 4477 Ehefrauen, 9823 Kinder und 142 Azendenten als Angehörige von in Krankenhäusern untergebrachten Verletzten die gesetzlichen Unterstützungen gezahlt oder angewiesen, so daß im Berichtsjahre zusammen 181 173 Personen der Wohlthaten der Unfallversicherung teilhaftig geworden sind.

Das in den vorstehenden Zahlen zu Tage tretende Steigen der Unfallkosten steht fortgesetzt in richtigem Verhältnis zu den seinerzeit regierungseitig veröffentlichten Vorausberechnungen. Danach soll bei einer angenommenen Anzahl von 1 615 253 versicherten Personen im fünften Jahre Mark 4 723 000 an Entschädigungsbeiträgen gezahlt werden.

Wird als erstes Beitragsjahr das vierte Quartal 1885 und die drei ersten Quartale des Jahres 1886 angenommen, und wird ferner bei den seit dem 1. Oktober 1885 bestehenden 57 älteren Berufsgruppen die Zahl der versicherten Personen und dementsprechend die Höhe der gezahlten Entschädigungen auf die vorstehende Zahl 1 615 253 umgerechnet, so ergiebt sich, daß tatsächlich im fünften Jahre M. 4 918 081 an Entschädigungsbeiträgen gezahlt worden sind.

× Aus dem Reichstage. In der 173. Plenarsitzung des Reichstages erfolgte die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1892/93.

Bei dem Spezial-Etat für die Verwaltung des Reichsheeres wurde die Beratung fortgesetzt mit Titel I des Kapitels 18: „Militär-Justizverwaltung“.

Eine große Anzahl von Petitionen, welche von der Kommission für die Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet wurden, sind zur Einsicht im Reichstagsbüro niedergelegt worden.

Darunter befindet sich leider auch eine solche, welche die Einführung der fakultativen Feuerbestattung befürwortet.

Unter den zahlreichen, neu eingegangenen Petitionen — gegen 200 — erscheint von besonderem Interesse eine aus dem Rheinlande (Köln) kommende, die ebenfalls, wie andere Petitionen, die Aufhebung des § 166 des Str.-G.-B. (Gotteslästerung u. s. w.) betrifft.

Ein Dankschreiben der italienischen Botschaft an das Präsidium des Reichstages aus Anlaß der Beteiligung von Reichstagsmitgliedern an den Leichenfeierlichkeiten für den Grafen de Launay wurde bekannt gegeben.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Wahl des Abg. Dr. Porich im 11. Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau für gültig zu erkennen, 2. den Beschluß des Reichstages vom 9. Februar 1891 durch die angestellten Beweiserhebungen für erledigt zu erachten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ohnmacht des Klassenstaats, soziale Uebel zu beseitigen, tritt bei jeder Gelegenheit recht grell zu Tage. Wie Wiener Blätter berichten, mehren sich neuerdings die Klagen, daß der Mädchenhandel aus Oesterreich-Ungarn nach dem Orient und speziell nach Konstantinopel ungeachtet des strengsten Vorgehens der österreichisch-ungarischen Vertretungs-Behörden gegen notorische Kuppler, welche sich in Konstantinopel aufhalten und österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, immer schwunghafter betrieben wird. Es wird neuerdings auf die sträflichen Umtriebe der Kuppler und ihre auf die möglichste Ausbeutung der angeworbenen Mädchen gerichteten Bestrebungen aufmerksam gemacht und beigefügt, daß die bezüglichen Bemühungen der Behörden nur dann von einem ausgiebigen Erfolg begleitet sein können, wenn dieselben die Unterstützung der Bevölkerung finden. — Bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die der Prostitution den gewaltigsten Damm entgegen zu setzen vermögen, das übersteigt natürlich die Weisheit der Staatslenker.

Frankreich.

Eine boshafte Satire auf den Schnitzjoll. Der französische freihändlerische Staatsökonom J. Bally veröffentlicht in der „Justice“ eine humoristische Adresse

der französischen Schmuggler an Herrn Méline. Diese Industriellen bedanken sich bei dem Obmanne der parlamentarischen Zollkommission dafür, daß er als Urheber des neuen Zolltarifs auch für ihre, bisher etwas vernachlässigte Industrie trefflich gesorgt habe. Endlich also werde die nationale Arbeit wirklich „in allen ihren Formen“ beschützt werden; ja von allen französischen Gewerben werde künftig das Schmugglergewerbe unbedingt das einträglichste sein. „Demzufolge“, schließt die Adresse, „haben wir die Ehre, Ihnen zur Erinnerung an das denkwürdige Datum des 1. Februar eine Denkmünze zu stellen zu lassen. Sie trägt die gerechtfertigte Aufschrift: „Herrn Méline, dem Beschützer der nationalen Arbeit, die dankbaren Schmuggler“. Sie entschuldigen, wenn wir Sie Ihnen nicht selber überreichen. Wir würden gegen alle Ueberlieferungen unserer Körperschaft verstoßen, wenn wir nicht die Münze im Auslande prägen und Ihnen schmuggeln ließen“. — Die Satire paßt auch auf deutsche Verhältnisse.

Fraustudium in Frankreich. Nach einem Bericht über das französische Universitätswesen, welcher in der Revue de l'Enseignement Supérieur erschienen ist, ist die Zahl der weiblichen Studenten, welche im Jahre 1890 sich auf 152 belief, während des letzten Jahres auf 252 gestiegen. An der medizinischen Fakultät studiren 18 Französinen, 6 Engländerinnen, 3 Rumäninnen, 2 Türkinen, 1 Griechin, 1 Amerikanerin und 103 Russinnen. An der Fakultät der Naturwissenschaften zählt man 5 Französinen und 14 Ausländerinnen. An der philosophischen Fakultät beträgt die Zahl der Französinen 82 gegenüber 15 Ausländerinnen. 3 Frauen, Russinnen nämlich, haben das medizinische Doktordiplom erworben, und einer von diesen, Mlle. Melhae, ist für ihre Tese („Der Zucker als diuretisches Mittel“) sogar eine ehrenvolle Erwähnung zu Teil geworden. An der philosophischen Fakultät hat eine Griechin, Mlle. Galisperi, ein glänzendes Examen zur Erlangung des Licentiats abgelegt.

Rußland.

Der Notstand in Rußland erzeugt geradezu haarsträubende Erscheinungen, wie nachstehendes Telegramm beweist:

Petersburg, 9. Februar. „Zerkomi Beslinil“, das Organ des geistlichen Ressorts, konstatiert eine große Sterblichkeit unter den Kindern im Gouvernement Orenburg, weil die Regierung Darlehnsgesuche in den weitaus meisten Fällen verweigert. Die Eltern verlassen die hungernden Kinder, um das Elend nicht länger ansehen zu müssen. Es ist amtlich festgestellt worden, daß Mütter ihre Kinder aus Verzweiflung getötet haben. Die geistlichen Komitees verfügten nur über geringe Mittel und seien deshalb nicht in der Lage, Hilfe leisten zu können.

Arbeiterbewegung.

Aufruf

an sämtliche Haus- und Geschäftsdienere, Packer, Kellerarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands!

Bezugnehmend auf die Resolution, welche in der am 2. Februar stattgehabten öffentlichen Versammlung der Hausdiener Berlins einstimmig angenommen wurde und folgendermaßen lautet:

„Die am 2. Februar bei Feuerstein tagende öffentliche Versammlung der Hausdiener erklärt es für notwendig, mit den Berufsgenossen an anderen Orten in Verbindung zu treten, um gemeinsam die Frage der Organisation zu beraten und zu beschließen. Da nur eine mündliche Verständigung möglich, beschließt die Versammlung: Der Vertrauensmann ist aufzufordern, durch einen öffentlich zu erlassenden Aufruf alle Berufsgenossen Deutschlands zur Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Besprechung aufzufordern. Der Ort und die Zeit, sowie die Tagesordnung der Konferenz sind gemeinsam mit den Kollegen derjenigen Orte, in welchen bereits Organisationen unserer Branche bestehen, festzustellen. Inzwischen darf nichts verabräumt werden, die Organisation unserer Kollegen auch dort, wo noch keine Vereine bestehen, zu fördern und zu betreiben. Die Kollegen hier und auswärts werden dann aufgefordert, durch Vertrauensleute für die Beschaffung eines gemeinsamen Agitationsfonds einzutreten, die Selbstsammlungen reger zu betreiben und zu unterstützen, auch Verständigung darüber zu suchen, ob durch Bots oder Listen gesammelt werden soll“.

fordert der Unterzeichnete alle Vertreter von Hausdiener-Organisationen Deutschlands, resp. Berufsgenossen auf, ihm umgehend ihre genaue Adresse zukommen zu lassen. In Orten, wo keine der genannten Organisationen bestehen, ist es das Zweckmäßigste, öffentliche Versamm-

lungen einzuberufen und Vertreter zu wählen, um auf diesem Wege Stellung nehmen zu können, welche Form der Organisation für unseren Beruf in Deutschland die zweckmäßigste ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Otto Plath, Vertrauensmann der Hausdiener Berlins,
Berlin, Neue Promenade 6.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

Auf den königlichen Proviantämtern in Potsdam haben letzter Tage mehrere Arbeiterentlassungen stattgefunden. Es handelt sich um eine höhere Anordnung, auf Grund welcher bereits ca. 20 Arbeiter entlassen und an deren Stelle junge Mädchen zum Heu- und Strohhinden u. eingestellt sind. Unter den entlassenen Arbeitern befindet sich einer, welcher schon 31 Jahre 10 Monate als Proviantamtsarbeiter tätig war, ein anderer, welcher fünf Kinder zu ernähren und in drei Feldzügen 19 Gejechte mitgemacht hat. Fast alle sind Familienväter und sämtlich haben sie vorzügliche Führungsatteste ausgestellt erhalten.

Ueber den Streit der Handschuhmacher in Friedrichshagen und Burg ist zu berichten, daß der selbe in den genannten Orten noch fort dauert. Die gegenteiligen Meldungen sind falsch. Beigelegt ist der Streit nur an einzelnen Orten, wo es sich um bloße Lohnreduktion ohne Einführung der Alles schädigenden Teilarbeit durch Nichtberufsangehörige handelte, und in diesen Fällen wurde die Sache zu Gunsten der Streitenden entschieden. In den Fabriken Friedrichshagen und Burg, wo es sich gerade um Einführung der Teilarbeit handelt, dauert der Streit, wie gesagt, fort. Haben wir auch nicht mehr mit der großen Anzahl Streikender zu rechnen, da ein großer Teil derselben bereits anderweitig Unterkommen gefunden hat, so ist immerhin noch nicht abzusehen, wie lange es dauert, bis Alle untergebracht sind, weil die Wirtschaftskrisis auch in anderen Orten vielfach Arbeitslose gezeugt hat. Und dieser Krisis verdankt es der Friedrichshagener Fabrikant, daß sich eine größere Zahl Gehilfen momentan der Teilarbeit willig zeigte, auf wie lange, liegt an der Hebung der Geschäftslage, die nicht mehr lange auf sich warten lassen kann. Wir haben bis jetzt zu unserer Organisation gehalten und werden dies auch ferner tun, stehen unseren Bestrebungen hoch die Arbeiter und Genossen sympathisch zur Seite, und nur durch ihre Hilfe sind wir im Stande, unsere Organisation vor dem geplanten Untergange zu retten und den Sieg zu erlangen.

Darum Arbeiter, Genossen, verlaßt uns nicht, wir werden Euch, wenn es Not tut, auch nicht verlassen und stets Eurer uns jetzt geleisteten Hilfe dankbar eingedenk sein.

Die Lohnkommission der Glacé-Handschuhmacher.

In den Werkstätten der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaften zu Berlin, Aderstrasse 76, haben am Sonntag Vormittag 21 Mann des Personals (Klempner und Gärtler) die Arbeit wegen Lohnreduktion und unbefriedigender Behandlung seitens eines Meiners niedergelegt. Bis zum Austrag der Sache bitten die Ausständigen um Fernhaltung des Zutrugs.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands hält am 3. April und folgende Tage in Halle seine Generalversammlung ab. Hauptgeschäftliche Punkte der Tagesordnung sind: Antrag der Filiale Berlin, dem Verein den Charakter einer Versicherungsanstalt zu nehmen; Einführung eines Rechtschutz Reglements; ferner die Bejeitigung des letzten Heftes alter Junggebräuche; Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Kleine Chronik.

Der Prachtzug, welcher soeben für den deutschen Kaiser fertig gestellt und nach Potsdam zur Ansicht geschickt worden ist, hat dem preussischen Staatsschatz nahezu 4 Millionen Mark gekostet und mehr wie 3 Jahre zur Vollendung gefordert. — Seine 11 Salonwagen, verbunden durch Korridore, schließen ein Arbeitszimmer ein, welches mit echten Gobelins behangen ist, einen Salon mit weißem Satin tapeziert und ausgestattet, eine Kinderstube, ein Empfangszimmer mit Marmorstatuetten verziert, eine Küche und Schlafzimmer für verschiedene Gäste.

Im „Bergboten“, dem Moniteur des mannsfeldischen Bergwerksbesitzer, wird in einem „Lied an die Bauern“ die Mansfelder Sorte des „geistiger Kampfes“ gegen die unverbesserlichen Sozialdemokraten recht anschaulich charakterisiert:

Ein Agitator aus der Stadt,
Reht der in unser Haus,
Demant hat ihn, bis der Arm wieh matt,
Bringt ihn mit Hurrah raus.

Dem die verdammten Demokraten
Herberben unser Land:
Dort lasse sie nicht längeraten
In unsern Bauernstand.

O, Bayern, laßt euch nicht betören
Von diesem Lumpenpack,
Ich weiß es, wie sie uns belehren,
Die Faulenzer von Tag zu Tag."

Was würde wol einem Sozialdemokraten wider-
fahren, wenn er wie jenes Winkelblatt öffentlich zu
Gewalttätigkeiten gegen die ordnungsparteilichen Agi-
tatoren auffordern wölte?

Potsdam. Selbstmord eines Rekruten. Am
Donnerstag durchschüt sich ein Rekrut der 6. Kompagnie
3. Garde-Regiments z. F. in seiner Stube in der
Kaserne an der Gewehrfabrik die Gurgel. Er wurde
schwer verletzt nach dem Lazaret gebracht. Der Mann
vollführte den Tötungsversuch, während seine Kameraden
in der Kantine saßen und aus Freude über die im
Allgemeinen gut ausgefallene Rekruten-Vorstellung
zechten. Seit der Neueinstellung der Rekruten ist dies,
wie eine Potsdamer Korrespondenz konstatiert, bereits
der sechste Fall von Selbstmord, welcher in der Pots-
damer Garnison vorgekommen ist. Sollte auch hier
ein Prinz Georg nötig sein?

Im geheimen Kriegsgerichts-Verfahren. Braun-
schweig. Das Gericht der 20. Division macht jetzt
bekannt, daß der Musikleiter Friede II der 6. Komp. des
Braunschweigischen Inf.-Reg. Nr. 92 durch kriegs-
gerichtliches Erkenntnis vom 21. November wegen
militärischen Aufruhrs und tätlichen An-
griffs gegen einen Vorgesetzten mit Entfernung aus dem
Heere und 8 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von
2 Monaten Untersuchungshaft bestraft worden ist.
Ueber die Veranlassung zu dem „militärischen Aufruhr“
wird nichts gesagt.

Jülich. Wieder einer. Hier wurde am
Donnerstag der Verkäufer des Mehl in der neuen
Mühle, Schulz, wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet.
Es sollen bereits über 60 Kinder als Zeugen ver-
nommen sein. Der Verhaftete war ein sehr eifriger
Kirchengänger und „frommer Christ“. Nach den
zuletzt behauptungen der Staatsmänner soll ja die
Ungläubigkeit die Schuld an den Verbrechen tragen.
Was hat denn zum den Schulz zum Verbrechen ge-
trieben? Doch jedenfalls hat ihn seine Kirchengängerei
nicht davon abhalten können.

Durch die Denunziation seitens eines Blech-
lackers, welcher zugleich Vorstand des in Döbeln be-
stehenden Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereins sein soll,
haben die Genossen Karl und Hermann Geilert daselbst
je 10 Mark Strafe zu bezahlen, weil sie in einer
Restaurations für die streifenden Weigerer ohne polizei-
liche Genehmigung Sammellisten zirkuliren ließen.
Echt Hirsch-Dunckerisch!

Parlamentsbericht.

Donnerstag Reichstag.

172. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des
Reichs-Haushaltsplans für 1892-93, und zwar des Militär-
Eink.

Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Kriegs-
ministers wird folgender Antrag Richter und Genossen be-
zogen: „Einsjährig-Freiwillige, welchen über das vollendete
23. Lebensjahr hinaus von den Kriegsheerden in Gemäßheit
des § 12 des Reichs-Militärstrafgesetzes Aufschieb für den Dienst-
vertrag bewilligt worden ist, sind nicht denjenigen Dienst-
pflichtigen gleich zu erachten, welche im Sinne des § 4 des
Kontrollgesetzes vom 15. Februar 1875 in Folge eigenen Ver-
trages verpflcht in den aktiven Dienst eingetretten sind.“
Demgemäß verfährt eine Einberufung solcher früheren Ein-
jährig-Freiwilligen nach Ueberschreitung des 32. Lebensjahres
zu Landwehrübungen, wie solche in der letzten Zeit mehrfach
vorgekommen ist, gegen die Bestimmung in § 4 des Kontroll-
gesetzes vom 15. Februar 1875, wonach solche Einberufungen
nur ausnahmsweise auf Grund besonderer kaiserlicher Ver-
ordnung gestattet sind.

Außerdem beantragt die Kommission:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: dem Reichs-
tage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher diejenigen Fälle
regelt und näher begrenzt, in denen die Zivilverwaltungen
berechtigt sind, die dauernde Gestellung von militärischen
Wachposten zu polizeilichen Sicherheitszwecken zu verlangen;
auf eine unklare Einschränkung der Militärposten, ins-
besondere in verkehrsreichen Gegenden hinzuwirken; eine den
veränderten Verhältnissen entsprechende Revision der Bestim-
mungen über den Gebrauch der Schießwaffen seitens der
Militärposten herbeizuführen.

Generalmajor von Göhler: Innerhalb des preussischen
Bereiches werden für Kassen und Gebäude, in denen wertvolle
Gegenstände untergebracht sind, 199 Wachposten gestellt; für
die Straßenhäuser 22 Offiziere, 149 Unteroffiziere, 39 Speis-
koste und 1835 Mann. Eine erhebliche Beschränkung kann
also bei diesen Posten nicht eintreten. Die Verminderung der

Zahl der Ehrenposten und der militärischen Posten ist eine
Sache der Kommandogewalt des Kaisers als obersten Kriegs-
herrn. Die verbündeten Regierungen können darauf keinen
Einfluß ausüben. Bezüglich des Schießens der Posten besteht
keine Instruktion, sondern eine geheime Vorschrift. Die
Posten stehen jetzt nicht mehr, wie früher, mit geladenem Ge-
wehr. Wenn dadurch, daß jemand durch Gezeffe den Posten
zum Schießen zwingt, ein Dritter verletzt wird, so könnte
man vielleicht den Urheber der Gezeffe strenger bestrafen.

Abg. Singer (Soz.) bringt die Frage der Absperrung
der Straßen und Plätze durch Militär bei besonderen Veran-
lassungen zur Sprache. Erst in letzter Zeit wieder hat bei
Ankunft des Königs von Württemberg in Berlin eine Ab-
sperrung von Straßen in solchem Umfang stattgefunden, daß
der Verkehr in den betreffenden Gegenden vollständig ins
Stod geriet. Derartige Absperrungsmaßregeln werden wol
eigentlich nur deshalb gemacht, um dem einziehenden
fremden Gast schon bei seiner Ankunft mit einem
gewissen militärischen Apparat entgegenzutreten. Wozu
haben wir denn aber überhaupt das Tempelhofer
Feld in Berlin? Das sollte man zu dieser Zweck benutzen,
nicht aber soll man die Bürger der Stadt, welche die Lasten
des Militarismus auf sich nehmen müssen, durch diese Ab-
sperrungen in ihren Geschäften stören. Die Rücksichtslosigkeit
der Absperrung bei Gelegenheit des Besuchs des Königs von
Württemberg kennzeichnete sich am allerbesten dadurch, daß,
nachdem die Empfangsfeier vorüber war und das Publikum
zurückzuziehen wollte, nur diejenigen durch die abgesperrten
Linien durchgelassen wurden, die durch eine Uniform sich für
diese besondere Bevorzugung befähigt zeigten. Die Bürger
mußten nachher noch stundenlang auf den Straßen verweilen,
und erst, nachdem das Militär abmarschiert war, konnten sie
ihren Angelegenheiten nachgehen. Ich bemerke, daß es
immer noch so viel Schaukustige und Nichtstuer giebt. Um
deren Schaukust zu befriedigen, hat die Behörde aber nicht
Maßregeln ergriffen, welche die ruhigen, arbeitssamen Bürger
in ihren Geschäften stören. Ich bitte die Militärverwaltung
Sorge zu tragen, daß der Verkehr bei solchen Gelegenheiten
nicht in derartiger Weise gehindert und geschädigt wird, wie
es tatsächlich der Fall ist. Der dritte Punkt der Resolution
ist der weitest wichtige. Ich kann nicht annehmen, daß der
Reichstag mit der Erklärung des Herrn von Göhler zufrieden
sein kann. Allerdings zeichnet sich diese Erklärung vorteilhaft
aus vor derjenigen, mit der er sich in Bezug auf diese Frage
in der Budgetkommission geäußert hat. Der Zustand, der
infolge der jetzigen Instruktion für die Wachposten sich in
Berlin entwickelt hat, ist unerträglich. Es geht absolut nicht
länger, daß aus der geringfügigsten Veranlassung dem ersten
besten Posten die Möglichkeit gegeben wird, Menschen auf be-
lebten Straßen der Stadt zu erschießen. Es handelt sich in
allen diesen Fällen um ganz minime Vergehen, die im Wege
des Polizeimanbats mit 10-15 Mark, im allerhöchsten
Falle mit einer geringfügigen Haftstrafe, geahndet werden
sollten. Und wegen solcher Vergehen sollen Wachposten beauftragt
werden, das Todesurteil über Mitbürger nicht bloß zu ver-
hängen, sondern auch gleichzeitig zu vollstrecken? Dazu kommt
daß diese Fälle durchaus nicht vereinzelt sind. Wir haben in
Berlin gerade in dem letzten Jahre eine Anzahl solcher Fälle
erlebt, und auch in Wiesbaden wurde kürzlich in verkehrs-
reicher Gegend seitens eines Wachpostens von der Schieß-
waffe Gebrauch gemacht. Die Tatsache, daß dabei vorüber-
gehende Passanten in Lebensgefahr geraten, sollte mit zwingen-
der Notwendigkeit die Militärverwaltung dahin führen, die
Instruktion für Wachposten in entsprechender Weise abzu-
ändern oder dieselben in verkehrsreichen Straßen nicht mit
scharfen Patronen auszurüsten. Der Regierungsvertreter hat
gemeint, ob man die Sache nicht derartig regeln könnte, daß
man die Schuldigen möglichst streng bestrafe; aber demjenigen
Unbeteiligten, der zugegen ist, wird kaum Genugthuung
gegeben, wenn der Veranlasser seines Todes mit einer stärkeren
Strafe belegt wird. In der Kommission hat der Vertreter der
verbündeten Regierungen die Frage in anderer Weise behandelt,
wogegen ich auch hier im Plenum auf das Allerhöchste Pro-
test erheben muß. Er hat gemeint, die bestehende Instruktion
für die Militärposten sei notwendig, weil man dieselben gerade
vor der allernächsten Volksklasse schützen müßte; man
könne die Posten nicht schändlichen Angriffen derselben aus-
gesetzt lassen. Aber wenn in aller Welt ist es eingeleitet,
irgendwie zu verlangen, daß der Wachposten wehrlos etwaigen
Angriffen ausgeliefert sei? Das heißt die Dinge so verschieben,
daß man nicht mehr versteht, was weiß und was schwarz ist.
Es handelt sich hier nicht um den Schutz der Posten, sondern
um den Schutz der wehrlosen Bürger gegen überhäumendes
Temperament oder sonstige Unbesonnenheiten der Wachposten,
es handelt sich um den Schutz der Bürgerschaft, von der das
Militär lebt. Warum folgen wir nicht dem Beispiel Oester-
reichs, wo der Gebrauch der Waffe seitens der Posten nur
dann gestattet ist, wenn sie angegriffen werden? In derartigen
Fällen wird Niemand dem Posten verzeihen, wenn er sich
keiner Haut wehrt, obwohl es dann auch noch nicht notwendig
wäre, eine solche Waffe zu gebrauchen, wie sie das Militär
jetzt hat. Zur Verteidigung könnte auch immer noch das
Seitengewehr benutzt werden. Der Gebrauch der Schießwaffe
seitens der Posten ist ein Ausfluß des Militarismus, ein
Ausfluß derjenigen Einstellung, die nun einmal das Militär in
Deutschland einnimmt. Die Soldaten werden durch ihre In-
struktion in eine so außerordentlich hervorzuhebe Ausnahmestel-
lung hineingebracht, sie werden mit einer solchen Macht um-
kleidet, daß es erklärlich ist, wenn diese jungen Leute ihren
Ansichten in einer derartigen Weise Ausdruck geben, wie wir
sie wiederholt erlebt haben. Aber wir dürfen uns nicht auf
den Standpunkt der Regierung stellen; das Volk ist nicht
des Militärs wegen da, sondern umgekehrt, und wenn wir
in die Hand eines jungen Soldaten die Möglichkeit legen,
wenn ein geringes Vergehen vorgekommen ist, den Schuldigen
oder alle in der Nähe befindlichen zu töten oder schwer zu
verwunden, so können wir in der äußersten Konsequenz dazu,
daß überhaupt nur noch Soldaten vorhanden sind; es aber
der Militarismus dann überhaupt noch bezahlt werden kann,
ist eine andere Frage. Kurz, ich glaube, durch die Annahme
der Resolution wäre die Regierung dem veranlaßt, der
Frage ernstlich näher zu treten, in wie weit es möglich
ist, solche Vorkehrungen, die nicht gerade zu den Selten-
heiten gehören, zu verhindern. Die Regierung müßte eine In-
struktion erlassen, durch welche die Möglichkeiten, Menschenleben
zu gefährden, ausgeschlossen ist. Bei Urtag der geltenden In-

struktion waren die Verhältnisse ganz andere, als heute; ge-
sehen von dem geringeren Verkehr in den Straßen haben
auch die Schußwaffen nicht die Wirkung der heutigen. Es
kann auch jedem vorübergehenden Offizier passieren, abzuwehen
Kugeln zu begegnen. So lange es aber nicht das eigene
Kreuzen fühlbar wird, welche Verhältnisse die jetzige Instruktion
mit sich führt, ist an eine Abhilfe nicht zu denken. Wer im
Reichstage aber müssen unter allen Umständen uns bemühen,
die Angelegenheit so zu regeln, daß das Volk nicht schutzlos
und wehrlos den Geschossen der Soldaten preisgegeben ist. Sollte
aber wirklich einmal das grenzenlose Unglück passieren, daß ein
solcher Mensch, der sich einer Verunreinigung der Straße
schuldig macht, entläuft, so nehme ich das lieber in den Kauf,
als daß er oder ein unschuldiger vom Posten erschossen wird.

Abg. Richter: Die Absperrungen haben sich allerdings
in der letzten Zeit sehr fühlbar gemacht und man fragt sich
allgemein, warum jetzt solche Dinge zu Tage treten, die früher
nicht üblich waren. Bezüglich der Wachposten wäre es
interessant, die Ziffer der militärischen Posten ebenfalls zu
erfahren.

Generalmajor v. Göhler: Wir sind genötigt worden,
viele Posten, die bis jetzt ohne Munition gestanden haben,
mit Munition zu versehen, denn es ist ein Wachposten er-
mordet worden; in Mainz hat man einen Wachposten durch
den Helm geschossen, ohne daß der Täter ermittel werden
konnte.

Abg. Singer: Mit dem, welcher, wie der Abg. v. Frege
auf dem Standpunkt steht, von der Regierung sozusagen im
Gnadenwege zu erbitten, diesen Uebelständen ein Ende zu
machen, kann ich mich nicht verständigen. Der Reichstag muß
von seiner Befugnis energisch Gebrauch machen, auf die Abstellung
dieser Mißstände, und solche sind es, zu bringen. Vielleicht würde
auch der Abg. v. Frege anders urteilen, wenn er einmal oder einer
seiner Bekannten einer solchen verirrten Kugel begegnet. Wenn
gesagt wird, die Frage der Absperrung sei so unbedeutend, daß
es sich nicht lohnt, darauf einzugehen, so ist das ein großer
Ersium. Der einzige Vorteil dabei ist höchstens der, daß die
Soldaten nicht von ihren Schußwaffen Gebrauch machen
können. Daß aber der Verkehr in außerordentlicher Weise ge-
hindert wird, weiß Jeder, der das mitgemacht hat. Wenn
nicht einmal die Postwagen durchkommen, den Anschluss zu
den Sitzplätzen nicht mehr erreichen, dann fügt das dem Handel
und der Industrie einen erheblichen Schaden zu. Wollte doch
die Regierung bei Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle
Geschäfte am Sonntag offen lassen, damit eventuell ein Brief
oder Telegramm beantwortet werden könne. Hier wurde
Rücksicht auf den Verkehr genommen, dort nicht. Ich ver-
wahre mich dagegen, daß der Abg. v. Frege die Ausführungen
des Regierungsvertreter in der Kommission und hier im
Hause als gleichbedeutend bezeichnet und berufe mich dabei auf
das Zeugnis der übrigen Kommissionsmitglieder. Wenn es
auch nicht ins Protokoll aufgenommen ist, so ist die Sache
damit nicht aus der Welt geschafft. Der Generalmajor von
Göhler hat in der Kommission wörtlich gesagt: Man dürfe
die Posten nicht wehrlos den mörderischen Angriffen der
untersten Klassen aussetzen. Deuten diese Worte auch nur mit
einem Schein von Hehnlichkeit darauf hin, daß sie gleichwertig
sind mit den heutigen? Nein. Er hat sich wol schon selbst
gesagt, daß diese Auffassung hier nicht vertreten werden kann.
Den Wachposten mache ich keinen Vorwurf, daß sie schießen;
die Instruktion verpflichtet sie dazu, ja die Posten sehen sich
der Gefahr der Degradation aus, wenn sie im gegebenen
Falle von ihrer Schußwaffe keinen Gebrauch machen. Aber
diese Instruktion ist es gerade, die wir bekämpfen müssen.

Darauf wird der Antrag der Budgetkommission gegen
die Stimmen der Deutschkonservativen und der Deutschkonser-
vativen angenommen.

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung beantragt die
Budgetkommission: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:
1. die Militär-Strafprozess-Ordnung baldigst einer Reform,
namentlich in der Richtung einer größeren Oeffentlichkeit des
Verfahrens zu unterwerfen; 2. die Bestimmungen über das
Beschwerderecht der Militärpersonen, namentlich in der
Richtung einer Erleichterung dieses Beschwerderechts, einer
Revision zu unterziehen; 3. auf die Pflege religiösen Sinnes
unter den Angehörigen des Heeres, sowie im gesamteten
Volksleben, insbesondere bei der Erziehung der Jugend
unlichst hinzuwirken.

Außerdem beantragen die Abgg. Buhl und Richter,
unterstützt von nationalliberalen und freisinnigen Abgeord-
neten, den Antrag der Budgetkommission durch folgenden zu
ersetzen:

Im Interesse der größeren Sicherstellung einer an-
gemeinere Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten
erscheint es dringend erforderlich, die Bestimmungen über das
Beschwerderecht der Militärpersonen einer Revision zu unter-
ziehen und insbesondere mißhandelte Soldaten zur Erhebung
der Beschwerde zu verpflichten; bei der in Aussicht genommenen
Reform der Militärgerichts-Verfassung und Militär-Straf-
prozessordnung die Grundzüge der Ständigkeit und Selbst-
ständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mün-
dlichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern
bewährt haben.

Abg. Casselmann (natl.): Die Soldatenmißhandlungen,
welche durch den Erlaß des Kommandirenden des sächsischen
Armee-Korps bekannt geworden sind, zeugen von einer Grausam-
keit und Rohheit bei Personen, denen man doch ein gewisses
Standes- und Ehrgefühl zutrauen sollte, die man kaum er-
warten konnte. Alles Menschliche ist beinahe abgestreift
worden und besonders bedenklich ist es, daß auch Offiziere
sich solche Mißhandlungen haben zu Schulden kommen lassen.
Durch die Betonung der religiösen Interessen wird auch nicht
viel geholfen, noch weniger durch die Einführung konfessioneller
Unteroffizierskassen. Keiner empfiehlt die Annahme des An-
trages Buhl-Richter.

Sächsischer Bevollmächtigter Oberst v. Schlieben: Der
mehrfach erwähnte Erlaß ist ein vertraulicher gewesen und nur
durch einen unerhörten Vertrauensbruch in die Oeffentlichkeit
gekommen.
Reichskanzler Graf von Kaprivi: Der früheren Er-
wägungen entsprechend, sollte der Reichskanzler eigentlich bei
dieser Angelegenheit das Wort nicht ergreifen. Angesichts der
Beunruhigung, welche Herr Casselmann dargestellt hat, und
daran Vorhandensein ist nicht in Abrede stellen will, und an-
gesichts der Angriffe auf die preussische Militärbehörde, deren

Chef heute durch Krankheit verhindert ist, zu erscheinen, will ich das Wort nehmen. Die Mißhandlungen sind überaus beklagenswert; sie sind dies besonders vom Standpunkt des Kommandos aus, denn darunter leidet die Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung der Truppe. Wir haben ein vorzügliches Verhältnis zwischen Mannschaften und Offizieren gehabt, trotzdem solche Mißhandlungen immer vorhanden waren. Die Handhabung der Disziplin erscheint streng. Das liegt aber an der Aufgabe, die gestellt wird. Der Mann soll bereit sein, an der Stelle zu sterben, an der er steht. Zeigen Sie mir eine andere Aufgabe, die eben so schwer zu lösen ist, und dann beurteilen Sie danach die Angriffe auf die Disziplin. Wenn eine Agitation in die Massen dringt, wenn nicht bloß die extremsten Blätter, sondern auch andere Blätter absätzig urteilen, ist es schädlich für die Armee. Wenn nur einige Blätter sich belehren lassen würden, so wäre das ein Vorteil für die Armee. Ich bitte Sie, der Regierung das Vertrauen entgegen zu bringen, daß sie das Verfahren finden wird, welches für die Armee am besten paßt. (Zustimmung rechts.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Februar 1892.

Gewerkschafts-Verammlung. Die am Montag, den 15. Februar d. J. stattgefundene Gewerkschaftsversammlung war gut besucht. Dieselbe wurde um 8 1/2 Uhr mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Stellung der Arbeiter zu den Streiks und Boykotts. Referent Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt-Rütweide. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Durrauwahl ergab die Genossen Zimmerer Schmidt als ersten Vorsitzenden, Vertrauensmann Burkert als zweiten Vorsitzenden und Redakteur Thiel als Schriftführer.

Genosse Albert Schmidt berichtigte zunächst die Ausführungen der „Schlesischen Zeitung“ über seine am Sonntag gemachten Ausführungen. Auf das eigentliche Thema übergehend, kommt Redner auf die frühere Zeit, als die sogenannte „gute alte“ Zeit zu sprechen. Der heutige Mittelstand sehne sich nach dieser Zeit zurück. Wir mögen hernehmen was wir wollen, stets werden wir eine Revolution in den einzelnen Branchen zu verzeichnen haben. Es giebt kein Gewerbe, in denen die Technik nicht eingegriffen hätte; wir erleben es ja tagtäglich, daß eine Technik die andere verdrängt. Das nach alledem die Produktionsweise eine andere werden muß, ist selbstverständlich. Wenn man früher darauf achtete, nur soviel zu produzieren als man brauchte, so ist es heute anders. Das heutige Unternehmertum kümmert sich nicht darum. Die Folge davon ist, daß Ueberproduktion entstand und daß die Waren nicht abgesetzt werden konnten, und sich infolgedessen Geschäftsstockungen bemerkbar machten. Es hat sich infolge der ganzen Umgestaltung der Produktionsweise herausgestellt, daß der Besitz sich nur mehr in den Händen Einzelner konzentrierte und daß die Zahl der Abhängigen eine immer größere wurde. Je mehr die Zahl der Arbeitslosen zunahm, je mehr hatte das Unternehmertum Gelegenheiten, die Hügel zu spannen. Die Lage der Arbeiter wurde eine immer größere; um wieder Arbeit zu erhalten, boten sich Arbeitslose zu billigeren Bedingungen an, als ihre Kollegen in den Fabriken. Um diese Uebelstände zu beseitigen, suchten die Arbeiter nun mit Hilfe von Organisationen sich ihre Lebenslage zu verbessern. So sind seit den 60er Jahren die Buchdrucker, Labarbeitler und viele andere Berufsorganisationen entstanden. Durch diese Organisationen ist es einzelnen Berufen möglich geworden, bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Die Fälle, in denen die Arbeiter ihre Lage zu verbessern suchten, wurden in letzter Zeit immer seltener, da die Streiks immer ausgedehnter wurden. Diese Streiks haben den Unternehmern Veranlassung gegeben, ihrerseits auch den Kampf aufzunehmen, was ja auch ihr gutes Recht ist. Nur kommt es darauf an, daß beide Teile mit gleichen gesetzlichen Mitteln kämpfen. Die Arbeiter haben den gesetzlichen Boden stets innegehalten. Wir sehen nun, daß die Unternehmerschaft Stellung nahm, auch ihrerseits ihre Rechte wahrzunehmen. Durch Vereinigungen, Kartells stand das Unternehmertum geschlossen der Arbeiterschaft gegenüber. Die Unternehmer kamen auf die Idee, schwarze Listen anzufertigen um dadurch unliebsame Arbeiter zu entfernen. Mit Hilfe von einzelnen Kennzeichen wurde dafür gesorgt, daß solche Arbeiter gar keine Arbeit mehr erhielten. Diese Kampfweise ist eine unanständige. Die Arbeiterschaft ist nun auch nicht laß gewesen, sie hat sich verschiedene Mittel angeeignet, um ihrerseits gegen die Unternehmern Stellung zu nehmen. Sie suchte durch die Öffentlichkeit solche Unternehmern bloßzustellen. Referent kommt hierauf auf die Reichstagsverhandlungen vom 13. Jan. d. J. und auf das Fabrikinspektorsat zu sprechen. Wir sind nimmermehr Gegner des Fabrikinspektorsats gewesen, wir sind nur gegen die bürokratische Zusammensetzung desselben gewesen. Sehr oft werden pensionierte Offiziere zu Fabrikinspektoren ernannt. Wir hatten gewünscht, daß Arbeiter in dieses Institut kommen, da dieselben Kenntnis von den Einrichtungen der Fabriken haben. Wir haben besondere Fälle wahrgenommen, in denen die Berichte der Fabrikinspektoren zu Gunsten der Arbeitgeber abgefaßt wurden. Ja man ging sogar noch weiter, man pries einzelne Unternehmer als christlich, human, wie ein Beispiel aus dem Aufschichtsbezirk Leipzig beweist. Ein Unternehmer entließ bei eintretenden Geschäftsstockungen ledig schwangere Arbeiterinnen. Bei gutem Geschäftsgange wurden aber solche Arbeiterinnen wieder angenommen und hat sich der Unternehmer alsdann nicht gekümmert, dieselben nach Möglichkeit anzunehmen. Dieser Unternehmer wurde als „christlich“ empfohlen. Referent giebt noch andere ähnliche Beispiele. Wir haben, meint derselbe alsdann, die Unternehmer da anzunehmen wo sie sich als unmenschlich zeigen, und ist es daher gleichgültig, ob man uns dafür als Hezer bezeichnet. Es werde uns vorgeworfen, daß wir Arbeiter das System des Boykotts angefangen hätten. Es ist aber nachweisbar, daß unsere Gegner dasselbe angefangen haben und zwar im Alterjahre 1878. Es wurde zu dieser Zeit in der Presse eine Agitation dahin entfacht, daß in „allen Etablissements“, in denen Sozialdemokraten beschäftigt werden, dieselben zu entlassen seien. Von Zeit zu Zeit wurden deren auch diejenigen Firmen veröffentlicht, die Sozialdemokraten entlassen hatten. Es strebe nun jeder Unternehmer, um sich patriotisch zu zeigen, darnach, auch in die Liste zu kommen. Das war die Richtung sozialdemokratischer Arbeiter.

haben diese Erscheinung hier zum ersten Male gesehen, diese Art hat sich aber nicht nur im Jahre 1878 abgespielt, sondern sie kommt bis auf den heutigen Tag vor. Redner erwähnt hierbei die hauptsächlichsten Fälle von Maßregelungen an Arbeitern. Man will durch Maßnahmen einen lokalen Arbeiterstand erzeugen. Das aber ist ein Unding. Die Arbeiterschaft wird sich nicht hindern lassen, sozialistisch zu denken. Man kann derselben zwar verbieten, Vereine und Versammlungen zu besuchen, aber nicht verbieten, anders zu denken. Durch diese Boykottierung der Arbeiter wird nur die Bist und Heuchelei großgezogen, denn dieselben müssen heute ein frommes Gesicht machen, und wenn es morgen zur Wahl kommt, wählen sie trotzdem Zuhauer. (Gelächter und Beifall.) Die Erfahrungen der letzten Streiks haben uns gelehrt, daß derselbe nicht mehr das Mittel ist, unsere Gegner zu schlagen; dieselben sind zum Teil an der Ungunst der Verhältnisse verunglückt. Wir haben weiter gefunden, daß die Form der Organisationen sich als vollständig unzulänglich erwiesen hat. Redner kommt hierauf auf den jüngsten Buchdruckerstreik zu sprechen. Die Buchdrucker waren eine der bestorganisierten Gewerkschaften. Die Zentralfaktion ihrer Gewerkschaft konnte allerdings nur dadurch herbeigeführt werden, daß sie sich im Unterschiede von den übrigen Organisationen als „königlich preussischer Gewerkschaftsverein“ verhalten mußten. Die Buchdrucker hatten wohlgestaltete Kassen, etwa 1 1/2 Millionen Mark, sie wollten einen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit aufnehmen. Von dem Tage an, an welchem sie ihre Forderungen aufstellten, waren die bisher lokalen und friedlichen Buchdrucker auf einmal „sozialdemokratisch“ geworden, zwar nicht in unserem Sinne, aber in den Augen der Unternehmer. Heutzutage wird ja leicht ein Jeder als Sozialdemokrat hingestellt, der sich irgendwie mißliebig macht. Die Buchdrucker haben sich um die allgemeine Arbeiterbewegung bisher nicht gekümmert, sie schlossen sich förmlich von der übrigen Arbeiterschaft ab. Es gab viele Buchdrucker, die sich schämten, mit dem Arbeiter in rasigen Streit zu verfechten. Durch den Streik ist es den übrigen aber zu Gemüte geführt worden, daß sie nichts sind ohne die Mithilfe aller Arbeiter. Diese Mithilfe der gesamten Arbeiterschaft ist den Buchdruckern nicht verlag worden. Arbeiter, die bloß 6—8 Mark pro Woche verdienen, geben in den letzten Wochen her, um den Buchdruckern zum Siege zu verhelfen. Trotz alledem unterlagen sie, sie mußten unterliegen infolge der herrschenden Zustände. Sie hätten nicht gehagt, selbst wenn sie in noch ausreichendem Maße unterstützt worden wären. Die Unternehmer mußten siegen, da sie ganz andere Machtmittel zur Verfügung hatten. Der Ausgang dieses Streikes ist für die Buchdrucker sehr lehrreich, sie haben Gelegenheit bekommen, über das Wohlwollen unseres Staates nachzudenken. Es bestand unter den Buchdruckern eine ganze Anzahl, die immer noch an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubten. Diese aber wurden arg enttäuscht; es kann keine Harmonie geben, so lange der Staat die Arbeitgeber unterstützt. Auf der einen Seite sehen sie den Staat Hand in Hand mit den Unternehmern den Boykott gegen die sozialistischen Arbeiter ausführen, auf der anderen Seite den Streik noch mehr unterstützen helfen. Dadurch wird nur Unzufriedenheit erweckt. Diejenigen Arbeiter, die man als Sozialisten von der Arbeit ausschließt, müssen doch konsequenter Weise auch von den Pflichten an den Staat entbunden werden. (Sehr richtig!) Ich kann es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie sich einmal sagen werden: Nein, wir können diesem Staate unsere Dienste nicht mehr erweisen. (Allseitiger, stürmischer Beifall.) Wir können gewiß sein, in nächster Zeit etwas zu erhalten, was uns nicht angenehm sein wird. Wir können noch sehr viel Unzufriedenheit brauchen. Unsere Arme sind noch sehr weit, doch wir haben frühzeitig unsere warnende Stimme erhoben. Aus all' dem Angeführten ergibt sich, daß unsere heutigen Organisationen nichts mehr nützen. Es müssen jetzt andere Mittel und Wege gefunden werden, unsere Interessen auf andere Weise zu vertreten. Es empfiehlt sich da die Gründung von Kartells. Um diesen Kartells Wirksamkeit zu verschaffen, haben sämtliche Gewerkschaften Delegierte zu senden. Vielleicht findet auch der in nächster Zeit stattfindende Gewerkschafts-Kongress Mittel und Wege, um diese Frage zu lösen. Wir geben aber den Streik und Boykott nicht auf, denn beides ist für uns ein unentbehrliches Kampfmittel. Die Streiks und Boykotts müssen aber in Zukunft anders geregelt werden. Es dürfen nicht verschiedene Gewerkschaften auf einmal streiken; die Streiks müssen einen zentralistischen Charakter annehmen. Es dürfte nur immer eine Gewerkschaft streiken und alle anderen müssen dieselbe unterstützen; nur dadurch, daß die ausständigen Arbeiter wissen, daß die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen steht, können sie stützungslos in den Kampf gehen. In derselben Weise muß auch eine Uenderung in der Führung dieser Mittel eintreten. Der Boykott, einmal angewendet, muß unseren Gegnern Furcht einjagen! Wenn wir einmal zu diesem Mittel greifen, müssen wir die Gewißheit haben, daß es nur Nutzen hat. Redner giebt hier einige Beispiele. Die Anwendung des Boykotts in leichtfertiger Weise ist in Zukunft zu meiden. Wenn wir einen derartigen Kampf anwenden, dann müssen wir auch die Trauen in diesem Kampfe mit uns haben. Wenn wir mit Hilfe dieser beiden Faktoren (Streiks und Boykotts) auch nicht dauerndes erreichen werden, was dann? Hierbei empfiehlt Redner den Anschluß an die politischen Organisationen. Wir müssen den Kampf auf diesem Boden ausführen, um dadurch eine Machtstellung im heutigen Staate zu erreichen. Die Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete vollzieht sich ebenso wie auf dem politischen, wir sind nur diejenigen, die diese Revolutionierung mitmachen und den Arbeitern dieses zum Bewußtsein bringen. Unsere Aufgabe ist es, die politische und gewerkschaftliche Organisation zu stärken. Ganz besonders aber müssen wir unsere Presse unterstützen; auch hierzu muß eine Uenderung eintreten. Wir dürfen unsere schwer und teuer verdienten Groschen nicht für solche Zeitungen hergeben, die uns mit Füßen treten, die unferbaren Zustände als gut hinstellen. (Allseitiges Bravo! Sehr gut!) Je mehr wir eine solche Presse unterstützen, desto schwieriger ist es, die bezeichneten Uebelstände zu beseitigen. Wir sind Arbeiter und haben infolge dessen dasjenige Organ zu unterstützen, das unsere Interessen vertritt, und das ist das hiesige Organ, die „Volkswehr“. Die Arbeiter bilden leider immer noch den größten Abonnentenstand der gegnerischen Blätter; sobald die Arbeiter auf diese Blätter nicht mehr abonnieren, dann müssen dieselben aufhören zu erscheinen. Wenn jeder seine eigene Sache in jeder Beziehung tue, dann

wird es uns auch möglich sein, unseren Siegeslauf so schnell als möglich zu beenden! Es ist nötig, uns zusammen zu schließen, um unsere Lage zu verbessern, andernfalls erreichen wir nichts, ich glaube aber, Sie tun das erstere. (Beifalliger Beifall.)

Der Vorsitzende verlas hierauf die bereits mitgeteilte Resolution und bringt dieselbe zur Abstimmung. Es wird alsdann die Diskussion eröffnet. Es beteiligen sich dabei einige Genossen in ausgedehntem Maße an derselben. Genosse Hanke teilt aus dem Fabrikinspektorsat Einzelfälle mit; er spricht des Weiteren über die „schwarzen Listen“ und die Ausbeutung der Arbeiter. Auch erwähnt derselbe des Falles: als eine Anzahl von Arbeitslosen sich versammelten, um Arbeit zu verlangen, wurde denselben bedeutet, daß, wenn dieselben sich nicht entfernten, man die Dampfmaschine auffahren lassen wollte, um sie auseinander zu bringen. Genosse Redziegel schilderte Vorzukommnisse auf den Eisenbahnen. Genosse Hübner sprach über das Kartell; Genosse Wache schloß sich dem ebenfalls an und rief Einmütigkeit unter uns. Ferner meinte derselbe in Bezug auf die Lokalfrage, daß es möglich sei, daß die Wirte von der Behörde beauftragt werden. Genosse Karl Thiel glaubt, daß durch langwierige Ausbehnung der Diskussion der Wert des Vortrages abgeschwächt werde. Des Ferneren meint er, daß die Behörden uns in Bezug auf die Lokalfrage wol keine Schwierigkeiten bereiten, die Wirte vertrieben sich meist nur hinter der Behörde. Solche Wirte müssen besonders gekennzeichnet werden. Redner kommt alsdann auf die Presse zu sprechen und beleuchtet hierbei das Verhalten des hiesigen „unparteiischen“ General-Anzeiger, eines hiesigen sich „unparteiisch“ nennenden Organs, das aber nichts weniger als „unparteiisch“ ist, da dasselbe stets Partei gegen die Arbeiter ergriffen hat. Redner führt hierbei einige Beispiele an. So brachte dieses Organ vor einigen Tagen eine Notiz über eine Lebensrettung. Nach derselben solle ein Nachtwächter einen Mann vom Tode des Ertrinkens errettet haben. Dieses sei nicht wahr, denn der Betreffende sei nicht von dem Nachtwächter, sondern von zwei Arbeitern errettet worden. Es ging diesem Blatte eine diebessüchtige Berichtigung zu; wie brachte dasselbe aber die Berichtigung? „Wir wir erfahren, haben sich an der Hülfsleistung noch zwei Arbeiter ebenfalls beteiligt.“ Auf der vorderen Seite trägt dieses Blatt von Gottesfurcht und frommer Sitte, wenn man sich aber den Inzeratenteil ansehe, dann finde man sehr häufig Annoncen wie folgende: „Ein Fräulein bittet einen älteren Herrn herzlich um dreißig Mark.“ (Gelächter.) Diekwürdigerweise sei dabei nicht gesagt, ob das Fräulein diese 30 Mark blos geborgt oder geschenkt haben will, so daß man hieraus leicht ersehen könne, wofür diese 30 Mark verlangt werden. Hauptsächlich sei aber eine Nachricht in der neuesten Nummer dieses Blattes, welche so recht geeignet ist, zu zeigen, auf welcher Seite dieses Blatt steht. Es veröffentlicht das folgendes Telegramm: London, 15. Februar. Die gesamte Presse bespricht mit Bedauern den Sieg der Kohlenräuber, welcher nach dem Siege der Dockarbeiter die Arbeitgeber der Tyrannei (!) der Arbeiterverbände ausbleibt. Es sei notwendig, daß diese Tyrannei gemein gemacht werde. Jeder Arbeiter, der diese Nachricht lese, werde wol schwärzen sein Klasseninteresse noch so weit mit Füßen treten, daß er noch fernerhin auf dieses Blatt abonnirt. (Sehr richtig!) Genosse Winkler stellt Antrag auf Schluß der Debatte, welcher auch angenommen wird. Es wird nun zu Punkt 3: „Verschiedenes“, eingetreten. Genosse Albert Schmidt meint, wenn er hierzu das Wort ergreife, so geschähe es darum, um diesen Punkt „Verschiedenes“ verschwenden zu lassen. Es ist das nicht das hier, sondern auch in anderen Städten der Fall, daß bei öffentlichen Versammlungen als dritter Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ aufgestellt wird. Er bezüchtigt das als unpraktisch, denn es können daraus sehr leicht Mißstände erwachsen. Deshalb erjuche er, bei zukünftigen Versammlungen den Punkt „Verschiedenes“ fallen zu lassen; es solle der Diskussion der weiteste Raum gelassen werden. Der Vorsitzende schießt sich den Ausführungen des Genossen Schmidt an und glaubt, daß die Vertrauensmänner in Zukunft den Punkt „Verschiedenes“ nicht mehr aufstellen werden. Des Weiteren gedenkt der Vorsitzende des sogenannten Bänklers „Kumpenballes“, der vor einem Jahre in diesem Monat von der höheren Gesellschaft veranstaltet worden ist. Laufende von Proletariern wären ohne Arbeit und Brot gewesen und zur Verhöhnung dieses Glends hätten die Reichen einen „Kumpenball“ veranstaltet. Das wollten sich die Arbeiter im Gedächtnis prägen. Genosse Hanke kritisiert das Verhalten bei Versammlungen, das Stören derselben durch Zwischenfälle. Der Vorsitzende erjucht um endliche Statuierung der Sammelstellen für die Gewerbe-Schiedsgerichte. Genosse Siegmund warnt ab dann vor einem Hintrampeln-Roman. Derselbe entzieht sich: „Ferdinand Bassale, der Held des Böses“. Der Vorsitzende warnt ebenfalls vor diesem Schandwerk. Genosse Siegmund: erörtert alsdann noch die Vorkommnisse in den hiesigen Eisenbahn-Werkstätten und erjucht den Genossen Schmidt, dieselben im nächsten Tage bei Gelegenheit der Boykottfrage zur Sprache zu bringen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Unter dem begeisterten Gesange der Marxhymne verließen die Anwesenden den Saal.

Alarmierung der Feuerwehr. Montag Abend rückte die Feuerwehr um 10 Uhr 44 Min. nach Friedrich-Wilhelmstraße 70a; es war daselbst in einem im zweiten Hofe gelegenen Pferdestall eine Partie Stroh in Brand geraten. Zur Bewältigung dieses nur kleinen Feuers genügte ein Schlauchgang. Die Entfickungsursache konnte nicht ermittelt werden, ist aber jedenfalls in Fahrlässigkeit zu suchen.

Diebstähle. Am 15. d. Mts. gab eine auf der Gräbchenerstraße wohnende Eisenbahn-Schaffnersfrau ihrer 6 Jahre alten Tochter 50 Pf., um ein Brot zu holen. Unterwegs gestellte sich eine Frauensperson zu dem Kinde, nahm demselben das Geld weg, lockte es in einen Gassenflur und entwendete ihm alsdann die goldenen Ohrringe. — In die in dem Haus Feldstraße 28 belagene Wohnung eines Zigarrenfabrikanten wurde am 14. d. Mts. ein Einbruch verübt und eine goldene Brosche, 1 Paar goldene Ohrringe, ein goldener Trauring, 100 Stück

Zigarren und eine schwarze Weste gestohlen. — Am 14. d. M. wurde einem Buchbinder von der Oststraße in einem Bierlokal auf der Schmiedebrücke ein schwarzer Winterüberzieher mit braunfarbtem Futter gestohlen.

Nieder mit den Sozialdemokraten! Dieser Ruf scheint gegenwärtig in ähnlicher Weise durch die Reihen des „staatsverhättnissen“ Unternehmertums und seiner Mameluken zu gehen, wie das bekanntlich in dem Attentatsjahre 1878 der Fall war. Einen neuen Beleg für diese Wahrnehmung liefert eine Tatsache, die sich Montags in der Werkstätte eines hiesigen Daugegeschäfts zutrug. Ein dort angestellter Tischler, der bereits fünf Jahre zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten tätig gewesen, wurde nämlich wegen „Arbeitsmangel“ plötzlich entlassen. In welchem Maße dieser „Arbeitsmangel“ grassierte, ist aus der Tatsache ersichtlich, daß am gleichen Tage zwei andere Arbeiter — eingestellt wurden. Natürlich wollte nun der Entlassene den wahren Grund seiner Kündigung kennen und da gestand ihm denn der beaufsichtigende Techniker S., daß er entlassen worden wäre, weil er ein — Sozialdemokrat sei! Wer nun aber glauben wollte, daß der entlassene Tischler jemals einer sozialdemokratischen Versammlung beigewohnt oder gar sich irgendwie an der Agitation betheilig habe, der irrt sich gewaltig. Er hat nur jederzeit auf pünktliche Einhaltung der vereinbarten Akkordlohnsätze bestanden und das genügte augenscheinlich, ihn in den Augen des Technikers zu einem Sozialdemokraten zu stempeln. So erfreulich ja nun für uns auch einerseits die Konstatierung der Tatsache ist, daß Sozialdemokraten solche Leute sind, die stets nach Recht und Billigkeit zu handeln bestrebt sind, so müssen wir doch andererseits betonen, daß diese beiden Begriffe sich keineswegs in jedem Falle decken. Es giebt nämlich noch eine ganze Menge sehr anständiger Arbeiter, die noch keine Sozialdemokraten sind — allerdings dürften diese für den Fall, daß sich noch mehr Leute finden, die derselben Ansicht wie der erwähnte Techniker sind, auch sehr bald alle Sozialdemokraten werden. Uns soll das sehr recht sein!

Ein Heiratschwindler. Am 3. d. Mts. hat ein unbekannter Betrüger dem Dienstmädchen Magdalene Wengel aus Ober-Steine unter der Vorpiegelung, sie zu heiraten und einzelne ihrer Angehörigen zu kennen, sowie unter Angabe, er heiße Hermann und sei Besitzer einer Wirtschaft in Wünschelburg, 37 Mark, welche sie von ihrem Verdienst erspart, entlockt und dann das Weite gesucht. Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, den treuen Schwindler zu ermitteln. Derselbe war mittelgroß, schwächlich, etwa 25 Jahre alt, bartlos, hatte schwarzes Haar und trug schwarze Pelzmütze, graumilchiges Saquet, gelbliche Weste, schwarzblaues Beinkleid und halblange Stiefeln.

Judifferentismus oder Eigennutz? Am 6. d. M. veranstaltete ein hiesiger Gesangsverein, wie das schon oft geschehen, trotzdem die Mitgliederzahl desselben sich nur aus Arbeitern rekrutiert, im Saale zum „Deutschen Kronprinz“ auf der kurzen Gasse ein Maskenfest. Die Besitzerin dieses Lokals tat einst die Aeußerung, als sie ihren Saal zu Versammlungen geben sollte: „Ich brauche die Arbeiter nicht, denn ich lebe vom Staat!“ Dessen ungedachtet ist aber, besonders in den Wintermonaten, ein förmliches Jagden von Seiten der Gesangs- und anderen Vereine nach diesem Lokal. Man kann das nicht Indifferentismus nennen, wol aber berechneten Eigennutz, denn eine gute Einnahme erzielen die Vereine in diesem Lokale fast immer. Es ist dies wiederum ein Beweis, das bei so manchem Arbeiter noch die Begeisterung für die gute Sache nur bis an die Tasche geht — das eigene Interesse unterdrückt die gute Meinung. Dasselbe kann man auch von der Saal-Inhaberin behaupten. Während sie die eine Hand aufs patriotische Herz presst und sagt: „Wir brauchen die Arbeiter nicht“, langen sie mit der andern Hand ruhig nach dem Gelde, welches ihnen der Arbeiter leiber immer noch ins Haus trägt. Die liebenswürdige Behandlung, welche die Besitzerin des „Deutschen Kronprinz“ ihren Gästen direkt oder indirekt zu Teil werden läßt, kann keinesfalls Schuld sein, weswegen die Vereine, oder besser gesagt die Arbeiter immer und immer wieder dieses Lokal aufsuchen, denn gerade in diesem Punkt bleibt viel zu wünschen übrig. Wenn ich mir in einer ganz obskuren Kneipe eine laure Gurte bestelle, so bekomme ich jedenfalls ein Messer dazu, im „Deutschen Kronprinz“ aber giebt es zu einer Portion Würstchen für 30 Pf. weder Messer noch Gabel; eine diesbezügliche Anfrage belehrte mich, daß das 1. bei dem Essen nicht herauskommt, 2. auch sehr viele Bestecks gestohlen werden. Wenn also der A. ein Messer nicht, muß der B. mit den Fingern essen. Recht sonderbar! Was die Quantität und Qualität der anderen Speisen gegenüber den Preisen für dieselben anbetrifft, so kann man beinahe annehmen, daß vorrathshalter Pfarrer und Gebetslehrer mit bezahlt würden. Es ist bis jetzt leider

noch nicht gerichtlich festgestellt worden, daß Diejenigen keine Bestecks stehlen, die Kalbsbraten essen, oder fängt beim Kalbsbraten schon der „Staat“ an? — Da das Wetter am obigen Tage sehr schlecht war, machte sich noch ein anderer Uebelstand bemerkbar. Die dort anfahren den Droschken halten 4—5 Meter dem Eingange gegenüber. Die Aussteigenden waren genötigt, erst einen hohen Schmutz zu durchwaten, trotzdem die Meisten nur gefahren sind, um mit sauberem Schuhwerk zu erscheinen. Verschiedene Herren trugen ihre Damen über diesen Sumpf, alle aber hatten nicht das Glück, solch' opferwillige Ritter zu finden, und mußten ihre Ballschuhe wol oder übel dem Verderben preisgeben. Einige Schaufeln Kies hätten diesen Uebelstand beseitigt. Mit den Arbeitern wird aber eben nicht viel „Staat“ gemacht! Die Frau Wirtin streicht schmungelnd ihre sehr beträchtliche Einnahme ein, ohne Skrupel darüber, ob vom „Staat“ oder Arbeiter. — Wann wird der Arbeiter anfangen zu begreifen, daß er für sein gutes Geld auch dementsprechend behandelt werden muß?! Wenn nun die Arbeiter ihre Vergnügungen durchaus in diesem Lokale abhalten müssen, so sollen sie auch für Abschaffung der angeführten Uebelstände sorgen, andernfalls aber für die Folge unterlassen, Gäste einzuladen! N. N.

Bau-tätigkeit. Im Monat Dezember 1891 wurden bei den hiesigen städtischen Bauten ausschließlich der städtischen Gas- und Wasserwerke 67 Maurer, 26 Zimmerleute, 111 Handwerker verschiedener Kategorien und 212 Arbeiter, zusammen 406 Personen beschäftigt. Hiervon waren tätig beim Hochbau 171, beim Tiefbau 179, und beim Kanalbau 56. — Die größeren Hochbauten der Stadt waren der Neubau des Schulhauses Fürstenstraße, des Schulhauses und der Turnhalle Postenerstraße, desgleichen Siebenhufenerstraße und Kanonenhof, des Diensthospitals (Mehlgasse). Als vollendet wurden abgenommen: 15 Neubauten, 6 Umbauten zu Wohnzwecken, 9 Neubauten, 2 Umbauten zu gewerblichen Zwecken, 91 kleinere bauliche Anlagen (darunter 89 Anlagen für elektrische Bogenschlichtlampen) zusammen 128 Bauten.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 15. d. M. 57 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: einem Dienstmädchen auf der Ursulinerstraße ein Paar goldene Ohrringe, einem Handelsmann auf der Mehlgasse 3 alte Zylinderhüte. — Abhandeltamen: einem Tischlergesellen auf der Ottostraße ein Portemonnaie mit 18 Mk.; einem Buchhalter auf der Bismarckstraße eine Remontoiruhr mit Goldrand; einem Arbeiter auf der Reuschestraße eine schwarze Ledertasche mit 28 Mk.; einer Dame auf der Nikolaistraße ein schwarzer Mantel. — Gefunden wurden: 4 Portemonnaies, eine Remontoiruhr, ein Trauring, ein Häfchen Därme, eine Rolle Sineleum und ein Spazierstock.

Großhändler Restpreise vom 16. Februar per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	hoch	niedr.	hoch	niedr.	hoch	niedr.
Weizen, weißer	22,30	22,—	21,20	20,70	19,30	18,80
Weizen, gelber	22,20	21,90	21,20	20,70	19,30	18,90
Korn	22,50	21,90	21,20	20,90	19,90	19,70
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,90	14,40	14,10	13,60	13,10	12,60
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,50—2,90 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Schlesien.

Randeshul. Da wir jetzt wieder in die Zeit gekommen sind, in der Prinz Karneval seinen Einzug gehalten hat, wollen wir es nicht unterlassen, speziell über seine hiesige Herrschaft ein Wort zu schreiben. Es dürfte im Interesse anderer Orte sein, zu erfahren, mit welchem Eifer die hiesige Arbeiterschaft die Gelegenheit ergreift, die Schellenkappen des lustigen Prinzen zu tragen. Besonders haben sich einige Fabriken in dieser Weise sehr hervorgetan, und dabei müssen wir die traurige Erfahrung machen, daß sich Personen, welche sich stets als Klassenbewusste Arbeiter aufspielen, an die Spitze solcher Feste stellen. Einige Prinzipale und Beamte ließen sich es auch sehr angelegen sein, auf einige Stunden unter ihren Broterwerb zu weilen, um zu glänzen und einige Scherlein auf den Altar der Nächstenliebe niederzulegen. Für diese Herablassung werden sie aber auch durch Gurrathschreien, Bauchrülsherei u. s. w. gebührend gefeiert und mit unzähligen Loosen überschüttet, was den Herren natürlich so recht nach Geschmack ist. Koch viele Wochen nach einem solchen Feste kann man nicht genug die Humanität der Prinzipale loben hören. Es scheint uns das nicht die richtige Art und Weise zu sein, wie sich ein zielbewußter Genosse aufzuführen hat, und muß es Pflicht der Gewissen sein, solche Leute über das Unpassende

ihrer Handlungsweise aufzuklären. — Fast gleichzeitig mit dem lustigen Karneval hat noch ein anderer, ebenfalls viel zur Belustigung beitragender Gast seinen Einzug hier gehalten. Wir meinen die Eugen Richter'schen „Zukunftsbilder“. Dieselben wurden nämlich vorige Woche in einer hiesigen Fabrik gratis unter die Arbeiter verteilt. Und wir glauben, es war kein schlechter Gedanke von der betreffenden Firma. Schreiber dieser Zeilen hat nämlich schon lange solch lustige Gesichter nicht gesehen, wie am vergangenen Sonntag bei den Arbeitern, welche den göttlichen Unsinn des tapferen „Eugen“ gelesen hatten. Die Meisten versicherten allerdings, daß sie die Zukunftsbilder so bald wie möglich an einem stillen Orte hinter dem Hause zur ewigen Ruhe bestatten würden. Das ist das Los alles Schönen auf der Erde. Wir glauben, die Zukunftsbilder werden immer noch viel zu wenig verbreitet und gelesen, denn dieses großartige Blech übt wirklich einen unwiderstehlichen Reiz auf die Lachmuskeln aus. Da nun den übrigen hiesigen Fabrikbesitzern das Wol ihrer Arbeiter doch auch so sehr am Herzen liegt, so machen wir ihnen den Vorschlag, ebenfalls einige Kisten solcher „Zukunftsbilderbücher“ kommen zu lassen und unter ihre Arbeiter zu verteilen. Sie würden auf diese Art und Weise zwei Fliegen mit einem Schläge treffen. Erstens würden ihre Arbeiter einen recht lustigen und vergnügten Tag haben und zweitens, was die Hauptsache ist, derselbe würde den Fabrikbesitzern nicht zu sehr an den Geldbeutel gehen, den sie bei dem jetzigen Notstand ja doch nicht gern aufmachen. Also auf, meine Herren Fabrikanten! Lassen Sie Zeitungsbilderbücher kommen; der Sozialdemokratie tun Sie damit einen großen Gefallen, und Sie können des Abends mit dem Bewußtsein zur Ruhe gehen, wieder einmal ein Werk der Menschenfreundlichkeit getan zu haben. Luzifer.

Luzifer, 16. Februar. Am Sonntag hielt der Ortsverband der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine eine angeblich zahlreich besuchte Versammlung ab, in der der Redakteur des „Luzifer Anzeiger“, Herr Hans Paulus, einen Vortrag über den „Anschluß der Arbeiter an den politischen Liberalismus“ hielt. Wir wollen hier nur so weit auf seine Ausführungen eingehen, als dieselben unsere Partei betreffen. Genannter Herr hält die Erreichung unserer Ideen erst dann für möglich, wenn die gesamte Menschheit von der Nützlichkeit und Erreichbarkeit der Ziele überzeugt ist, was nun und nimmer der Fall sein wird. Aus der Reichstagswahlstatistik kann der Herr sehen, daß wir auf dem besten Wege sind, wenigstens die zivilisierte Menschheit von der Nützlichkeit und Erreichbarkeit unserer Ziele zu überzeugen. Wenn aber der Herr die Neger und Indianer auch von unseren Ideen überzeugen will, so hoffen wir im Gegenteile, daß diese uns nicht hindern werden, unsere Ziele zu erfüllen. Eine gemeinsame Produktion und Konsumtion soll nicht möglich sein, so lange verschiedene Völker und Nationen existieren. Wenn nämlich, so beweist Herr Paulus, Deutschland den sozialdemokratischen „Staat“ eingeführt hat, so werden die Ausländer das Land überschwemmen, und in 8 Tagen ist es aus. Vielleicht geht es aber auch so, Herr Redakteur! Deutschland fügt die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung ein, läßt aber Ausländer nicht herein. (? D. R.) Die Arbeiter, die in allen Ländern das Gros bilden, sind mit einem Schläge für uns gewonnen und zwingen jede Regierung zur Kapitulation. Unsere Ziele sind nach der Meinung dieses Herrn auch nicht durchführbar, weil es zu viel „räudige“ Menschen auf der Erde giebt. Hätte man diese immer besonders berücksichtigt, so würde es überhaupt kein menschenfreundliches Wort geben. Aber ebensowenig als die Gründer und Unterhalter der Warmhallen sich abspredchen ließen durch Unwürdige, ebensowenig wird wegen Unwürdigkeit Einzelner das große Werk scheitern. Im Uebrigen werden Sie doch zugeben, daß die übergroße Mehrzahl der „Räudigen“ hervorgerufen wird durch den Ueberfluß und Hochmut einerseits, durch Entbehrung und Knechtschaft andererseits und vor allen Dingen durch mangelhafte Erziehung. Eine geordnete, gleichmäßige, auf Freiheit, Gleichheit und Menschenliebe basierende Erziehung wird darum die meisten „Räudigen“ bald verschwinden lassen. Wenn der Herr aus der Geschichte erzieht, daß unsere Ziele unerfüllbar sind, so ist uns dies unerklärlich. Wir sehen an der Vergangenheit und an der Gegenwart, daß gemeinschaftliche Unternehmungen am besten zum Ziele führen, daß gemeinsame Produktion (Genossenschafts-Unternehmungen) und auch gemeinschaftliche Konsumtion (Konsumt-Vereine) Vorteile gewähren. Herr Paulus braucht also nicht zu bedauern, daß die „fast übergroße Mehrheit (!) der Arbeiter einem fernliegenden, nie zu erfüllenden Ziele mit ganzer Begeisterung (!) zustrebe, und dabei das Nächstliegende

übersehe.“ Das das Ziel unerfüllbar ist, hat er uns noch nicht bewiesen. Das es so sehr fernliegt, wird auch er in kurzer Frist bezweifeln, und daß wir das „Nächstliegende“ übersehen, ist eine bewusste Tügel. Der größte Teil unseres Programmes befaßt sich mit dem „Nächstliegenden“. Das ist die Antwort eines Siegner Arbeiters. Merkwürdig bleibt es außerdem, daß sich der „freisinnige“ Herr Paulus nicht der mit riesigem Erfolge gekrönten, schlagende Beweise enthaltenden „Zukunftsbilder“ des ebenso „freisinnigen“ Eugen Richters bedient. Sind sie ihm etwa zu dumm? Au Pöbel.

Bosen.

Bosen. Der „Bosener Morgen-Zeitung“ zufolge hat die Bosener Regierung (nach dem Vorgange derjenigen in Frankfurt a. D.) den städtischen Volksschullehrern mitteilen lassen, daß sich dieselben bei Volksschulversammlungen, die sich mit dem neuen Volksschulgesetz beschäftigen, weder an der Diskussion, noch an der Abstimmung beteiligen dürfen.

Bosen, 15. Februar. Aus Petrikau wird gemeldet: Der Rittergutsbesitzer Julian von Wenzel, ein preussischer Staatsbürger aus der Provinz Posen, wurde von dem hiesigen Bezirksgericht nach dreitägiger Verhandlung unter großem Andrang des Publikums wegen versuchten Totschlags an seinem Neffen Stanislaus Kobierzynski, einem russischen Untertan, unter Annahme milderer Umstände zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und Verlust der Standesrechte verurteilt. Nach der Strafverbüßung wird Wenzel nach Preußen ausgewiesen werden. Unter Kaution von 200,000 Rubeln ist er vorläufig auf freiem Fuß belassen worden.

Fraustadt. Proteste gegen den Volksschulgesetz-Entwurf. Der Lehrerverein Fraustadt und Umgegend hielt in den letzten Tagen mehrere Sitzungen ab. In denselben wurden Anträge gegen die die Lehrerschaft besonders betreffenden Paragraphen des Schulgesetz-Entwurfes formuliert. Erstere gegen demnächst an den Vorstand des Provinzial-Lehrervereins, von wo aus sie dem Landes-Lehrer-Vereine unterbreitet werden sollen. Ein gleiches Vorgehen steht bei sämtlichen Zweigvereinen der Provinz Posen in Aussicht.

Harmlose Plauderei.

Nur nicht drängeln! Das kann ich auf den Tod nicht leiden. Ich komme schon noch mit meiner Plauderei zur rechten Zeit und kann warten, bis einmal endlich eine Spalte für mich frei sein wird. Mit dieser meiner löblichen Charakter-Eigenschaft befinde ich mich übrigens im Gegensatz zu dem schwerstverurteilten Manne in Deutschland, dem Herrn Staats- und Geheimen Kommerzienrat Baare.

Der kann nämlich nicht mehr länger warten! — Wer da meint, daß der Herr Geheimen Kommerzienrat etwa eine neue Verurteilung Fußangels nicht mehr erwarten kann, der bekanntlich von Steuerdefraudationen, falschen Stempeln, gefälschten Schienen und anderen häßlichen Dingen gesprochen hat, welche sich schwer mit einem Geheimen Kommerzienrat zusammenreimen lassen, der irrt sich — der Herr Geheimen Kommerzienrat kann nicht mehr länger darauf warten, selber in Untersuchungshaft genommen zu werden!

Das ist kein fauler Witz, und es braucht daher auch Niemand „Au!“ zu schreien. Diese Tatsache steht deutlich in verschiedenen „staatsverhaltenden“ Zeitungen, wie z. B. der „Kölnischen“ und der „National-Zeitung“. Wo unser Staatsratsmitglied und Geheimen Kommerzienrat, Steuerdefraudant und Schienenfälscher verlangt nämlich vom Justizminister kategorisch, daß die Voruntersuchung gegen ihn schleunigst eröffnet werde, damit er sich rechtfertigen könne. — Die gute Seele! — Natürlich wird nun in ganz Deutschland kein Mensch mehr zu finden sein, der auch nur im Entferntesten auf die Idee käme, es könne bei dem in Aussicht stehenden Prozesse doch vielleicht ein Makel an dem braven Baare haften bleiben!

Da ich das aber gern ganz genau wissen möchte, werde ich mich an ein Institut wenden, das sehr segensreich im Stillen wirkt — dem Weilschen gleich, das im Verborgenen blüht. Es ist dies nämlich das Internationale Privat-Detektiv-Institut, dessen „Centrale“ sich in Hamburg befindet. Dieses Institut baldwert die dunkelsten Privat-, Geschäfts- und Kriminal Angelegenheiten aus — also ganz mein Fall! Zu bedauern ist allerdings, daß der Herr Direktor dieses schönen Instituts gegenwärtig nicht mehr in Breslau weilt; vor zwölf Tagen hätte ich es sehr bequem gehabt.

Allen — der Mensch muß sich in die Verhältnisse zu schicken wissen, so gut oder so schlecht es eben geht. Freilich ist das nicht Jedermanns Sache. So wurde vor einigen Tagen in der guten Stadt Breslau

ein armer Schneider — die Bezeichnung „armer“ ist eigentlich überflüssig, denn Schneider zählen in der Regel niemals zu dem ehrenfesten Stande der Millionäre — also kurz, ein Schneider wurde an die Luft gesetzt, was man im gebildeten Deutsch mit dem Worte „ermittelt“ zu bezeichnen pflegt. Natürlich „kam die Geschichte in die Zeitung“, sintermalen es bei dieser Gelegenheit einen Anlauf gab, als ob dort — nicht in der Zeitung, sondern in der Altbürgerstraße — eine sozialdemokratische Versammlung tagte, und fünf Schulleute zur Aufrechterhaltung der heiligen Ordnung notwendig waren.

Ueber diesen Akt christlicher Nächstenliebe von Seiten des betreffenden Hauswirts ergrimmte nun die Nachbarschaft — es giebt leider schon überall Leute, denen man nichts recht machen kann — und sie veröffentlichten, um Irrtümer zu vermeiden, geschwinden Namen des Wirts, welcher mit seinem Mieter so kurzen Prozeß gemacht. Statt daß dieser nun sein schweres Geschick mit Würde trägt — der Hauswirts nämlich — fühlte er sich veranlaßt, eine geharnischte Erklärung vom Stapel zu lassen, die ja hoffentlich ihren Zweck auch erreicht haben wird.

Das Gleiche kann leider nicht von einem Geschenke behauptet werden, welches ein unbekannter Verehrer meiner schriftstellerischen Tätigkeit mir vor Kurzem durch die Redaktion zugehen ließ — ich bin etwas bescheidener veranlagt, als mein Kollege Eugen Richter, der sich mit seinen „Zukunftsbildern“ bekanntlich unsterblich gemacht hat. Und so habe ich denn das erwähnte Geschenk — einen rotgefärbten Gänsekiel-Federhalter — dem Redakteur zur gefälligen Benützung überlassen.

Dagegen erkläre ich mich gerne bereit, andere Zusendungen aus dem Leserkreise der „Volkswacht“ sowohl aus Breslau, als auch aus den Provinzen Schlesien und Posen jederzeit dankend in Empfang zu nehmen — nämlich Zuschriften über allerlei Begebenheiten kritischer und feiglicher Natur, welche in den Rahmen meiner „harmlosen“ Plaudereien passen.

Dieselben sind wie alle anderen Sendungen an die Redaktion der „Volkswacht“, Wallstr. 14c III, zu adressieren und gelangen dann richtig in die Hände des in den weitesten Kreisen unbekannt

Traugott Pfeifle.

*) Sollte es nicht vielleicht „blauirt“ heißen? Bescheidene Anfrage des Lesers.

Nachtrag.

△ Zum neuen Volksschulgesetz-Entwurf. Immer zahlreicher werden sozialdemokratischerseits in Deutschland und speziell auch in ganz Schlesien die Stimmen, welche sich gegen den rückschrittlichen Entwurf des Kultusministers energisch erheben.

In einer kurz besuchten Volksversammlung in Gagnau zeigte Friz Kunert als Referent, wie bisher der „Kampf um die Volksschulen“ von den Parteien der Bourgeoisie geführt sei und welche Stellung die Sozialdemokratie dazu genommen hat und fernerhin nehmen wird.

Eine von Kunert empfohlene Resolution, die bereits in Berlin und Breslau zur Annahme gelangte, wurde mit einem Beifälligen kommentierenden Zusatz einstimmig von der Gagnauer Volksversammlung, die auch sehr zahlreich von Frauen und Mädchen besucht war, angenommen.

Anwesende Gegner fanden leider wieder einmal nicht den Mut, das Wort zur Entgegnung zu ergreifen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 15. Februar.

Lobesfälle. II. Erbsag David Golbert, 78 J. — Verkäuferin Josefa Richter, 23 J. — Arbeiter Carl Wirth, 69 J. — Arbeiter August Kalwe, 49 J. — Paul, S. des Gepäckträgers Paul Höhm, 6 Stunden. — Stellensucherswitwe Emma Wuttke, geb. Keller, 69 J. — Partikulier August Dieke, 75 J. — Rittergutsbesitzerswitwe Pauline Saueremann, geb. Kädiger, 69 J. — Eisenbahnangestellte Hermann Faulstich, 45 J. — Gertrud, S. des Steinbergers Wilhelm Girat, 13 Wochen. — Heinrich, S. des Lademeisters Diätars Josef Apffel, 1 Jahr. — Rangirswitwe Pauline Kintischer, geb. Brähmer, 41 J. — Louise, S. des Steinwegers Maximilian Jellenberg, 2 J. — Elise, S. des Arbeiters Heinrich Eklor, 1 J. — Bernhard, S. des Borschnieder Ernst Döbel, 6 Monate. — Maurersfrau Pauline Jentsch, geb. Schmidt, 49 J. — Schneidermeister Robert Kaufsch, 74 J. — Gertrud, Tochter des Kaufmanns Arthur Pfeifer 5 Wochen. — III. Berw. Domkapitular-Rendant Auguste Rudendorff, geb. Kuschel 74 J. — Postsekretär Friedrich Hübler, 36 J. — Arbeiterstrau Pauline Kuschel, geb. Böhl, 38 Jahr — Arbeiterstrau Auguste Valentin, geb. Wende, 30 J. — Bürgermeistersfrau Aurora Kose, geb. Hausbing, 44 J. — Emma, S. d. Arbeiters August Hennig, 3 J. — Elisabeth Schöndelder, ohne besonderen Stand, 17 J. — Josef, S. des verstorbenen Arbeiters Johann Wobnig, 1 J. — Erich, S. des Maschinenführers Ernst Deutshar, 5 Stunden. — Walter, S. des

Kaufmanns Emil Sauten, 10 Mon. — Berw. Maschinenführer Otilie Schürer geb. Kust, 62 J. — Anna, S. des Steinbruders Wolf Balluch, 1 J.

Vom 16. Februar.

Geirats-Ankündigungen I. Borschnieder Max Korbigke, ev., Mariannenstr. 4, und Antonia Koch, kath., ebenda. — Schuhmacher Robert Hofmann, kath., Hummeret 17, und Theresia Fuhrmann, kath., ebenda. — Buchbindergehilfe Paul Steinauer, jüd., Hinterhäuser 21, und Trudel (Friederike) Schmulewicz, geb. Beschauer, jüd., Goldene Rabegasse 21. — Friseur Karl Nowak, ev., Schußbrücke 64.65, und Clara Gleitsberg, ev., ebenda. — Praktik. Arzt Dr. med. Wilhelm (Wolff) Groß, jüd., Neue Laßchenstraße 9, und Maria Genslawer, jüd., Schmiedebrücke 8. — II. Schriftfeger Hermann Polad, kath., Neue Laugengienstraße 17, und Anna Knappe, kath., ebenda. — Schuhmacher Hermann Kaposin, evan., Alexanderstraße 38, und Bertha Bullig, ev., Lohestraße 100. — Kaufmann und Schneidermeister Heinrich Schulze, ev., Poststraße 9, und Christine Weisnacht, ev., Paradiesstr. 28. — Schmied Johann Kärber, kath., Gräbischenerstr. 7, und Anna Böhm, kath., Kirchgasse 6. — Bureau-Diktator im Kultusministerium Paul Jaedel, ev., zu Berlin, und Helene Tischeple, ev., Garvestr. 25. — Buchhalter Conrad Krüger, ev., Gräbischenerstraße 29, und Elise Westphal, ev., Hottelstr. 25. — Fabrikant Gustav Heintze, ev., zu Berlin, und Elisabeth Barisch, geb. Leuschner, ev., Moritzstraße 24. — Kellner Emil Mitschal, ev., Weidenstr. 9, und Caroline Rebel, ev., Vitoriastraße 7. — Kaufmann Reichhold Harber, ev., Neue Laßchenstraße 8, und Clara Bokrand, ev., Neue Graupenstr. 5. — Druckerei-Arbeiter Otto Gottschlich, ev., Luisenstr. 30, und Bertha Erne, kath., Luisenstr. 11. — III. Arbeiter Hermann Jouscher, kath., Wörtherstraße 6, und Theresia Bachmuth, k., ebenda.

Eheschließungen I. Bautechniker Franz Klein, kath., zu Steinau a. D., mit Berta Casper, k., zu Gr.-Schwundnig. — Buchbinder Paul Deloch, zu Droelitz, kath., mit Maria Louise Wende, geb. Spiller, kath., zu Ober-Glogau. — Handelsmann Philipp Besser, jüd., Wohlau, mit Regina Glaser, jüd., hier. — Arbeiter Reinhold Böder, ev., mit Rosina Gryß, geb. Kabe, ev., hier. — Schuhmacher Maximilian Blümel, evan., mit Wilhelmine Kluge, ev., hier. — Buchdruckereibesitzer Michael Lieber, jüd., Leipzig, mit Jenny Honig, jüd., hier. — II. Dr. med. Billy Sachs, mos., zu Mühlhausen, mit Hedwig Forell, mos., hier. — Zimmermann Johann Nitsche, kath., mit Maria Konop, kath., hier. — Rangierer Johann Michael, kath., mit Maria Krabitsch, kath., hier. — Former Ernst Friedrich, ev., mit Ernestine Werner, geb. Linke, ev., hier. — Arbeiter Johann Wagner, kath., mit Marie Schneider, geb. Scholz, ev., hier. — Major Graf Caspar v. Korff, kath., zu Mainz, mit Elisabeth Freifrau v. Ketteler, geb. Gräfin Schaffgotsch, kath., zu Schloß Schurgast. — III. Arbeiter Karl Martin, evan., mit Auguste Hartmann, evan., hier. — Schriftfeger Wilhelm Brauner, kath., mit Gertrud Jofisch, ev., hier.

Geburten I. Kaufmann Jakob Strael, jüd., L. — Hausw. hälter Johann Hansel, kath., L. — Rutscher Robert Martide, ev., S. — Rutscher Hermann Jahn, ev., L. — Hausw. hälter Hermann Bergmann, ev., S. — Maler Paul Bachmann, kath., L. — Schneider Ernst Kusche, ev., L. — Stellmacher Gottlieb Kusch, ev., L. — II. Haushälter Arthur Pyla, L. — L. — Maschinist Paul Sarow, ev., L. — Tischler Franz Giesler, kath., S. — Eisenbahnkassierer Augustin Rabrig, kath., L. — Arbeiter Gottfr. Dymballa, ev., L. — Schneidermeister Daniel Haering, ev., S. — Haushälter Ernst Blach, ev., S. — Hilfsbremser Johannes Hoberbach, kath., S. — Arbeiter Karl Harbig, ev., L. — Brauer Karl Nowotny, ev., S. — Restaurateur August Adler, kath., L. — Zimmermann Hermann Köhler, ev., S. — Bahnarbeiter Wilhelm Fiedler, kath., S. — Tapezierer Hugo Sonnabend, ev., L. — Arbeiter Karl Schwarzer, ev., L. — Schmied Karl Barrabas, ev., L. — Schuhmacher Paul Eibler, kath., S. — Kesselfeiger Karl Böchner, kath., S. — III. Arbeiter Wilhelm Hubrich, ev., L. — Registrator der fürstbischöflichen Behörden Karl Pfeiler, kath., 2 S. (Swillinge). — Strohhutpresser Eugen John, kath., L. — Maler Franz Stumpf, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Hauschild, ev., S. — Plattmeister Karl Puder, kath., L. — Arbeiter Adam Scholz, ev., S. — Müller Joh. Polowski, L. — Arbeiter Karl Hülse, ev., S.

Lobesfälle I. Schuhmacher Karl Böhl, 66 J. — Günther, S. des Kaufmanns Albert Hanke, 9 W. — Schöffersmeister Paul Quittschalle, 39 J. — Emma, S. des Tischlers Franz Knieschik, 2 J. — Arbeiterfrau Rosalie Fresta, geb. Matalla, 60 J. — Berw. Canzlist Theresia Jonas, geb. Elsner, 54 J. — Arbeiter Paul Walckas, 35 J. — Schuhmachermeister Julius Linke, 61 J. — II. Paul, S. d. Hausw. hälters Hermann Kaiser, 12 L. — Elisabeth, S. des Buchbinders Otto Melze, 14 L. — Arbeiterfrau Johanna Glaubitz, geb. Kranz, 32 J.

Vereins-Kalender.

Breslau. Gesangverein Breslauer Gutmacher. Jeden Donnerstag, Abends von 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr: Übungsstunde im Restaurant Mai, Hummeret.

Gagnau. Sefe- und Diskutirklub. Sonnabend, den 20. d. M. im Saale des „goldenen Löwen“: Stiftungsfest. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Briefkasten.

Briefkasten für den lokalen Teil.

Gagnau. Wir haben noch keinen Besammlungsbericht erhalten.

Lavagny, hier. Wiefo zerrischen Sie sich hinter der Anonymität? Ihre Einsendungen können erst nach Namensnennung zum Abdruck gebracht werden.

Sünze Striegauer Frauen. Warum nennen Sie nicht Ihre Namen, Genossinnen? Wir bitten, dieses nachholen zu wollen.

„Freiheit“, hier. Wir ersuchen um Bericht.

Briefkasten der Expedition.

Für den Preßfond gingen ein: Vom Rüggenen Arbeiterverein in Altwasser & Park.

Sozialdemokratischer Leso- u. Discusst.-Club
„Solidarität“.
 Jeden Mittwoch Abends 8 Uhr
„Mitglieder-Versammlung“
 im Lokal des Herrn Küster, Lehndamm 28.
Mittwoch, den 17. Februar ist folgende Tagesordnung:
 1. Vortrag: „Die Kommune von 1871.“ — Referent: Genosse Hennig.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand.
 NB. Wir machen die Genossen, auch Nichtmitglieder, auf das hochinteressante Thema aufmerksam und halten einen zahlreichen Besuch für selbstverständlich. — Nach Schluß der Versammlung Aufnahme neuer Mitglieder.

Böttcher-Ball!

Am 20. d. M. findet der allgemein beliebte **Böttcher-Ball** verbunden mit Reigentanz im **Establisement zum deutschen Kronprinzen** Kurze-Gasse 50/52 bestimmt statt. Der Reigentanz wird ausgeführt durch 24 Reigentänzer unter Leitung des Herrn Bunzel, sowie des berühmten Kronenschwankers Herrn Schöner, und den altbewährten Meister mit einem Wunderfuß, mit verschiedenen Neuheiten verbunden. — Gallerie-Billets an der Kasse: 50 Pfg.; im Vorverkauf: 30 Pfg. zu haben bei: Böttchermstr. Herrn Großer, Fr. Wilhelmstr. 51 — G. Sohn, Fr. Wilhelmstr. — G. Walter, Junkernstr. 28 — G. Roldner, Wöschstr. 29 — G. Rodder, Fr. Karlstr. 45 — G. Winkler, Schießwerderplatz 17 — G. Schramm, Rosenthalerstr. 8c — G. Riese, Al. Schützingerstr. 20a und Restaurateur Glawe, Am Bäldechen 20.
 Die General-Reigentanzprobe findet am 18. Februar, Abends 8 Uhr statt. Das Comité.

Rohtabake

verkaufe ich gegen Haar zu Spottpreisen, um mein übergroßes Lager zu räumen.

- Carmen** groß und fein brennsab, per 1/2 Kilo à 1,20 u. 1,25 Mk.
 - Domingo** fein brennsab, à 0,75, 0,85, 1,05, 1,15 und 1,20 Mk.
 - Brasilis felle** per 1/2 Kilo. à 0,80, 1.—, 1,05, 1,20, 1,30, 1,50 u. 1,60 Mk.
 - Pfälzer** leicht und gut brennsab, à 60, 65, 68, 70, 80 und 85 Pf.
 - Hakermärker** mßblatt und Einlage-ßblatt 70 u. 75 Pf.
 - Sumatras** Auswahl von 22 Sorten, per 1/2 Kilo à 1,50, 1,60, 2,00, 2,50, 3,00, 3,40, 3,50 bis 5,00 Mk.
- Selbst billig bin ich in allen anderen Tabaksorten. Gegen gute Referenzen oder Bürgschaft verkaufe auch auf Ziel.

Albert Kramolowsky
 Breslau, Ring 60.

Arbeiter!

kaufen am allerbilligsten

Hamburger Lederhosen,
 Hemden, Jacken, Blousen, Unter-Beinkleider, Socken, Handschuhe, Chemise, Cravatten und sämtliche Futterartikel zu billigen, aber streng festen Preisen bei

Anton Pohl, Vorwerkstr. 20.

Soeben erschienen:

Der wahre Jakob 145,
 illustriertes soziald. Witzblatt.
Preis 10 Pfg.
 Zu beziehen durch die Colporteurs
 und die Expedition der „Volkswacht“.

Soeben erschien:

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungs-Rechtes.

Preis 15 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“.

Die wahre Geschichte des Josua Davidsohn.

(Ein sozialistischer Roman.)

Aus dem Englischen überlegt von B. Siebknecht.
 Neue Ausgabe.

(7 1/2 Bogen Okt. Preis nur 30 Pfennig)

Dieser Roman, der zum ersten Male in der Mitte der siebziger Jahre in der „Neuen Welt“ erschien, aber bald dem sozialknechtlichen Verbote verfiel, hat schon früher den lebhaften Zorn der Schwarzen erregt, seine bloße Ankündigung vor einigen Wochen hat die Herren abermals arg in Harnisch gebracht, ein ganz besonderer Grund für die Genossen, dieses vorzügliche Agitations-broschürchen in recht weiten Kreisen von bis jetzt noch Indifferenten zu verbreiten. Um eine Massenverbreitung zu ermöglichen, ist der Preis für das über 7 Bogen starke Buch auf den fabelhaft billigen Preis von nur 30 Pfennig festgesetzt worden.
 Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Unsere Genossen
P. Götter
 in seinem heutigen Geburtstage
 die besten Glückwünsche!
 K. B. Chr. K. K. M.

Unserem Freunde
 und Gesinnungsgenossen
August Arndt
 zu seinem 25. Jahrb. Wiegenfeste
 ein 3mal donnerndes Hoch!
 Seine Freunde Z. u. B.

Maynau.
 Stiftungsfest des Distriktsclubs
 Sonnabend, den 20. d. Mts.
 im goldenen Löwen.
 Bestehend in humoristischen Beiträgen,
 Gesangausführungen und
TANZ.
 Eintrittspreis für Gäste 50 Pfg.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Der täglichen Zeitverhältnisse
 wegen erhält jeder Arbeiter bei Einlass von 3 Mark an bei meinen bekannt billigen Preisen noch 4 pCt. Rabatt in bar ausgezahlt. Mein Lager ist in
Herren- u. Knabengarderoben, Federzeug und Stoffhosen, Hemden, Blousen etc.
 auf das Beste sortiert.
 Bekanntschaft mit Meiner jetzigen ich unter Garantie. 11
J. Berger,
 Fr. Wilhelmstraße 43.
 Arbeiter-Artikel-Spezialgeschäft.

Durch die Expedition der
„Volkswacht“
 sind folgende Schriften zu beziehen:

- Rautsch, Herr' Oekonomische Lehren Gebund. Nr. 2,00.
- Blos, W., Die französische Revolution. Broschür Nr. 4,00. Gebund. Nr. 5,50. Auch in 20 Heften zu beziehen à 20 Pf.
- Abeling, Die Darwin'sche Theorie. Gebund. Nr. 2,00.
- Altkämpfer der Partei. Gedichte Sammlung, ausgewählt v. Max Regal. Hefchen von Otto Emil Lau. 3. Band, mit Zeichnung, gebunden Preis 3,50.
- Die hässliche Arbeiterfrage. 2. Aufl. Gebund. Nr. 2,00.
- Weltkämpfer und Weltuntergang auf Grund der Naturwissenschaften populär dargestellt v. Oswald Köhler. Das lebhafteste Gegenkommen, welches das von der Kritik durchaus günstig beurteilte Buch gefunden hat, veranlaßt den Herrn Verfasser, den Text der zweiten Auflage wesentlich zu vermindern und das zu berichtigen, wo es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nachweislich geworden ist. Ferner sind zum besseren Verständnis weitere Illustrationen eingefügt und endlich zwei Stereotypen dem Werke beigegeben worden.
 Ohne Ueberhebung darf gesagt werden, daß die „Weltkämpfer“ zu heute zu den besten populären Lehrbüchern über die Entwicklung von Himmel und Erde zählt. — in der Billigkeit des Preises dürfte es kein itaem andern erreicht werden.
 Die „Weltkämpfer“ ist eine notwendige Ergänzung von Büchlers „Geschichte der Erde“.
 Um vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, ist auch die „Weltkämpfer“ in der allgemein beliebten Heftausgabe à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das ganze Werk liegt in 15 Lieferungen komplett vor.
 Probehefte liefert jeder Kol. ortent. E. Poppel, Das moderne Gluck. Geb. Nr. 2,00.

Der sozialdemokratische Staat

Grundzüge

einer mutmaßlich ersten Form sozialdemokratischer Gesellschaftsverfassung nebst einleitender Schilderung des bestehenden Systems.

Mit zwei graphischen Darstellungen.

Von Oswald Köhler.

Das Buch erscheint in ca. 14 Bogen des jetzt für die Parteiliteratur eingeführten Normalformats und kostet broschürt 1,20 Mk., in Prachthaus gebunden 1,60 Mk.
 Ausgabe des kompletten Werks Ende September.
 Um die Anschaffung zu erleichtern, erscheint auch eine Heft-Ausgabe, von derselben sind bis jetzt 8 Hefte erschienen und wird innerhalb 3 Wochen auch diese Heftausgabe komplett sein.
 Der Verfasser, den Genossen durch sein Werk „Weltkämpfer und Weltuntergang“, sowie durch seine populärwissenschaftlichen Arbeiten für den „Neuen Welt-Kalender“ bekannt, versucht in 12 Heften die Maßregeln darzustellen, welche zur Ueberführung der heutigen Gesellschaft in den sozialdemokratischen Staat nötig werden dürften, und die ersten Formen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu skizzieren. Das Buch kann sowohl in der Heft-, wie in der Buch-Ausgabe durch die unterzeichnete Verlagsbuchhandlung, durch jede Sortiments- und Kolportage-Buchhandlung, sowie durch die Expedition dieser Zeitung bezogen werden.
 Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen
 Rübberg, Anfang September.

Wörlein & Comp.

Die christliche Kirche und der Sozialismus.

Soeben erschienen:
 Eine sozialdemokratische Antwort auf die Encyklika Leo XIII.
 Von Kurt Falk.
 Preis 35 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Expedition und Colporteurs dieses Blattes.

Die Deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849.

Von Wilhelm Blos.

Mit vielen Porträts und historischen Bildern.
 Dies neueste Werk aus der Feder von Wilhelm Blos, dessen Geschichte der französischen Revolution einen großen Erfolg errungen hat, schildert auf Grund eingehender Studien die große deutsche Bewegung des „tolen Jahres“ 1848.

Der Verfasser weist aus den ökonomischen Zuständen nach, wie sie den Boden bereiten, auf dem sich die politischen Gebilde gestalten und die politischen Umwälzungen vollziehen. Die traurige Zeit der Herrschaft des Bundestags und die elenden Zustände der vormärzlichen Zeit werden uns in großen Zügen vorgeführt; dann folgt die Schilderung der Februarrevolution und ihrer Wirkungen auf Deutschland, die auch diesseits des Rheins den Ausbruch veranlaßten. Hieran schließt sich die Darstellung der „Märzstürme“, der Barrikadenkämpfe, der Tätigkeit des Frankfurter Parlaments, des Aufstandes in Wien im Oktober 1848, des Freiheitskampfes der Italiener und Ungarn, der Aufstände in Sachsen, in der Pfalz und in Baden und schließlich des unglückseligen Ausganges der ganzen Bewegung.

Zwischen diesen großen Episoden wird ausführlich die soziale Bewegung behandelt und werden anschaulich die Klassenkämpfe des Bürgertums und des Proletariats geschildert.

Das Werk enthält außer einigen wertvollen Beilagen 83 Porträts und ca. 60 historische Bilder; in keinem die 1848er Zeit behandelnden Buche dürften die Illustrationen in solcher Reichhaltigkeit vorhanden sein.

Die Ausstattung ist eine sorgfältige; als Schrift sind große kräftige Lettern gewählt worden, die das Lesen wesentlich erleichtern. Das Werk wird in ca. 22 Lieferungen komplett vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pfennigen.

Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht“, Breslau, am deren Colporteurs.